

Ergebnisse der öffentlichen Diskussion zur Denkschrift „Frieden und Wohl“

Vorwort

„Frieden und Wohl“, die Denkschrift der Tschechischen Bischofskonferenz zu sozialen Fragen in der Tschechischen Republik, wurde als eine Aufforderung zur öffentlichen Diskussion konzipiert. Das nachfolgende Material zeigt nicht nur einen Überblick der durch die Denkschrift hervorgerufenen Veranstaltungen und Reaktionen, sondern bemüht sich, deren Inhalt zusammenzufassen und auszuwerten sowie in einigen Fragen auch eine weitere Entwicklung anzudeuten.

Nicht nur durch diese vorliegende Dokumentation, sondern auch aus persönlichen Gesprächen weiß ich von vielen interessanten Reaktionen, sowohl von bedeutenden Persönlichkeiten unserer Gesellschaft, als auch vom Interesse im Ausland. Ich persönlich schätze vor allem das erwachende Interesse an Auffassungen der Kirchen zu sozialen Fragen der heutigen Gesellschaft. Ich hoffe, dass auch nach dem Erscheinen dieser Diskussionszusammenfassung der Austausch von Ansichten und Erfahrungen weitergehen wird, so wie die Suche nach Wegen zur Annäherung unserer Gesellschaft an Ideale, die aus christlichen Wurzeln entsprungen sind.

Die Tschechische Bischofskonferenz billigte auf ihrer Vollversammlung in Hradec Králové vom 8. bis 9. Oktober 2002 das Dokument „Ergebnisse der öffentlichen Diskussion zur Denkschrift ‚Frieden und Wohl‘“ und drückte dem Autorenteam unter der Leitung von Prof. Ing. Lubomír Mlčoch CSc. für die Erarbeitung dieser Denkschrift und für die Moderation der öffentlichen Diskussion und ihrer Zusammenfassung aufrichtigen Dank aus. Im Zusammenhang mit der Auswertung der bisherigen Arbeit des Teams entschlossen sich die Bischöfe zur Einrichtung eines ständigen Zentrums für Soziallehre der Tschechischen Bischofskonferenz (ČBK). Aufrichtig danken wir allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben, und besonders denen, die sich auch in Zukunft bemühen werden, zum Wirken für eine glückende und gesunde menschliche Gesellschaft beizutragen. Gott selbst hat seine Liebe bis zum Äußersten geoffenbart, als er für uns Menschen Mensch wurde und am Kreuz sein Leben für die Menschen opferte, damit sie in der vollen Würde und Freiheit der Kinder Gottes leben können.

Msgr. Jan Graubner
Erzbischof von Olmütz
Vorsitzender der Tschechischen
Bischofskonferenz

17. November 2002

Ergebnisse der öffentlichen Diskussion zur Denkschrift *„Frieden und Wohl“*

Reaktionen des Autorenteam auf Anmerkungen, Kritik und Fragen
hervorgerufen durch diese Denkschrift zur sozialen Problematik

I. Einleitung

Zwei Jahre sind seit dem Erscheinen der Denkschrift zu sozialen Fragen in der Tschechischen Republik vergangen, die Öffentlichkeit wurde ausdrücklich zur Diskussion eingeladen. Das Autorenteam wurde gebeten, sich an dieser Diskussion aktiv zu beteiligen, die Diskussion zu beobachten und ihre Auswertung zu übernehmen. Wenn sich die Denkschrift unter anderem kritisch zum „Dialog der Nichthörenden“ äußerte, nahmen damit die Autoren eine ernste Verpflichtung auf sich: das Bemühen, einen wirklichen Dialog in Liebe und Wahrheit zu führen. Dieses Dokument ist der Versuch, die „Ernte“ aus der bisherigen öffentlichen Diskussion, welche die Denkschrift „Frieden und Wohl“ wie ein „Sauerteig“ hervorrief, zusammenzufassen.

Bestandteil dieses Dokuments ist ein chronologisch geordneter Überblick der Reaktionen und Diskussionen in den Medien, der Konferenzen und Seminare zur Denkschrift. Die Frage, ob wir diese öffentliche Diskussion als reich oder arm bewerten, hängt davon ab, wie hoch unsere Ansprüche sind. Dieser begonnene Dialog ist „ein Langstrecken-Lauf“ (Bischof Václav Malý), deshalb unternehmen die Autoren diese erste „Ernte“ mit dankbarer Demut. In ihr zeigte sich, dass die christliche Soziallehre bei uns bisher stiefmütterlich behandelt worden ist, und dass schon die Eröffnung des Dialoges zu den sozialen Fragen unserer Zeit aus der Perspektive der sozialen Dimension des Evangeliums ein Beitrag ist. Es existieren auch unter Christen viele tiefe Widersprüche in der Sicht unserer gesellschaftlichen Situation und der bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes. Es geht nicht darum, eine Uniformität der Ansichten zu erreichen – die Vielfalt politischer, wirtschaftlicher und sozialer Richtungen war für die christliche Tradition auch in der Vergangenheit typisch. Problematisch sind jedoch extreme gesellschaftliche Konzeptionen, die von den grundlegenden Prinzipien der christlichen Soziallehre abweichen, und deren Gewicht in den Wertvorstellungen der tschechischen Gesellschaft. Vor den gesellschaftlichen Gefahren solcher Konzeptionen ist zu warnen und positive Auswege, die der Schatz des christlichen sozialen Denkens enthalten, sind geduldig aufzuzeigen. Das Dokument „Frieden und Wohl“ wollte neue Visionen für unsere Gesellschaft bieten, die von vornherein jene Fehler vermeiden, auf die das Dokument aufmerksam macht.

Die in den Medien erschienen Äußerungen zur Denkschrift sind im Überblick dokumentiert, dadurch sind sie schnell greifbar. Von einigen Seminaren (Emaus-Kloster, Pastorales Zentrum des heiligen Adalbert) wurde eine Abschrift der Tonbandaufzeichnung angefertigt. Der Zyklus der sechs Gespräche an den „Fasten-Donnerstagen“ 2001 in der neuen Marien-Kirche in Prag-Strašnice ist auf 11 Tonbandkassetten aufgenommen. Von einem Teil eines Seminars (auf dem Velehrad) steht eine Videoaufnahme zur Verfügung. Ein Teil der Reaktionen des Autorenteams auf Anmerkungen und Kritik zur Denkschrift wurde schon veröffentlicht (in Perspektivy, Křesťanská revue, Listy). Trotzdem halten wir es für nützlich, die Ergebnisse der bisherigen öffentlichen Diskussion in einem Dokument zusammenzufassen, welches wiederum von der Tschechischen Bischofskonferenz herausgegeben wird.

Die Autoren dieser Sammlung waren sich wohl bewusst, dass mit der Herausgabe der Denkschrift die Arbeit nicht endet, sondern eine weitere Etappe beginnt. Grundsätzlich ist der Kampf um die soziale Dimension des Evangeliums eine dauernde Verpflichtung der kämpfenden Kirche. Was die Autoren der ursprünglichen Denkschrift in den letzten Monaten beschäftigt, ist die Sorge, wie aus der kritischen Analyse und Bewertung der Vergangenheit eine Vision und Perspektive der Arbeit und eine Bemühung um Frieden und Wohl in der Zukunft entstehen kann. Wir überlegen und beten vor allem um die Gaben des Heiligen Geistes, die uns befähigen mögen, das breite Spektrum unserer Nächsten anzusprechen, die glaubenden Mitbürger ebenso wie all jene, die annehmen, dass sie „nicht glauben“. Die Denkschrift zu sozialen Fragen „Frieden und Wohl“ wurde nicht als eine konkret adressierte Botschaft geschrieben; sie ist sowohl für „die eigenen Reihen“ bestimmt, als auch für die

Gesellschaft „außerhalb der Kirche“. Die redaktionelle Bearbeitung der Reaktionen des Autorenteams auf die öffentliche Diskussion ist schon eher der Versuch, bestimmte Menschen anzusprechen. Die aufgezeigten und in der tschechischen Gesellschaft gärenden Fragen sind in gedankliche Zusammenhänge gestellt. Wir beginnen mit Erwägungen „noch dringlicher in den eigenen Reihen“. Wir setzen mit Fragen des Dialoges zwischen Christen (Kirchen) und der bürgerlichen Gesellschaft einschließlich ihrer politischen Repräsentation fort. Der dritte Teil richtet sich an diejenigen, die sich der Kultur des Unternehmertums und des Finanzwesens widmen und sie beeinflussen können. Am Ende des Dokuments sind eine Chronologie der öffentlichen Diskussion, Informationen über das Autorenteams, das die Denkschrift erarbeitet hat und über die Mitarbeiter bei der Auswertung der öffentlichen Diskussion beigegeben.

Prag, November A. D. 2002

das Autorenteam der Denkschrift „Frieden und Wohl“

II. Für die „eigenen Reihen“

1. Die christliche Soziallehre als idealer Wegweiser

Das Ziel der Denkschrift „Frieden und Wohl“ war es, aus der Sicht der christlichen Soziallehre einen Blick auf die tschechische Gesellschaft der 90er Jahre zu werfen. Manche Leser waren enttäuscht, sie hatten aufgrund des Titels andere Erwartungen: anstelle von Frieden und Wohl fanden sie eine Analyse der Ursachen für den herrschenden Unfrieden und die Gründe für das Versagen hinsichtlich des Gemeinwohls, das Blatt war für sie zu kritisch, überflüssig pessimistisch, lamentierend und auf eine unfruchtbare Weise moralisierend. Die christliche Soziallehre ist jedoch, wie jede andere wissenschaftliche Disziplin auch, schon ihrem Wesen nach kritisch. Nach den Worten von Papst Johannes Paul II. ist sie der „ideale Wegweiser“. Sie stellt an die Gesellschaft einer bestimmten Zeit (und eines bestimmten Landes) mit ihren sozialen, ethischen und aus dem Evangelium hervorgehenden Maximen hohe Ansprüche. Der Kontrast zwischen den Prinzipien, den ethischen Normen und Verpflichtungen, die sich auf die „göttliche Gemeinde“ beziehen, und der Realität des Lebens in der „irdischen Gemeinde“, ruft natürlicherweise Spannungen hervor. Aber diese Spannung, richtig verstanden, ist für die engagierten Christen in der Welt sowie für alle Menschen guten Willens ein Aufruf und kann der Anfang einer „Umkehr“ im gesellschaftlichen Sinne des Wortes bedeuten und einen Weg zu Frieden und Wohl in unserem Land weisen. Sehr gut drückte dies der Wunsch von Bischof Jaroslav Škarvada in seiner Stellungnahme zur Denkschrift aus: „damit sich in unserem Land wahrhaftig Wohl und Frieden einquartieren“. Den Verpflichtungen des Propheten- und Lehramtes der Kirche (der Kirchen) würde es nicht entsprechen, einfach „Frieden und Wohl“ zu verkünden, wo diese noch weitgehend fehlen oder wo wir erst nach Frieden und Wohl zu streben beginnen. Ohne den „Durst nach Gerechtigkeit“ lässt sich Frieden und Wohl nicht erreichen.

Die christliche Soziallehre versteht sich auf keinen Fall in der Position eines „unbeteiligten Beobachters“. Die Denkschrift rief bei denjenigen Christen die leidenschaftlichsten Äußerungen hervor, die sich persönlich in der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformation der letzten zehn Jahre in den Bereichen der Politik und der Regierung engagierten, sie wurde sogar der Unmoralität beschuldigt. Viele von ihnen engagierten sich mit guten Absichten in der Politik und taten, was sie konnten, widmeten dem öffentlichen Engagement zehn und mehr Jahre ihres Lebens, erlebten viele Frustrationen und Enttäuschungen. Am Ende wurden sie gerade deshalb als „nicht nützlich“ aus der Politik ausgestoßen, weil sie sich bemühten, echte Christen zu sein. Und nun empfinden sie durch die Denkschrift anstelle von Anerkennung eher Kritik. Die Autoren der Denkschrift fühlen sich jedoch nicht als „Generale nach der Schlacht“ („Nach der Schlacht ist jeder ein General“ – tschechisches Sprichwort, Anm. der Übersetzerin): Viele von ihnen legten in diese Arbeit ihre ganze Kraft und Lebenserfahrung, einschließlich der Erfahrung kommunistischer Gefängnisse (an der praktischen Politik konnten viele wegen ihres hohen Alters nicht mehr aktiv teilnehmen). Ein Sozialwissenschaftler oder Professor kann nicht seine Professur aufgeben, sich nur der Politik widmen und seine Arbeit nur noch „nebenberuflich“ betreiben. Zur Rolle eines Bischofs oder Vertreters der Kirche gehört nicht in erster Linie die aktive Teilnahme an der praktischen Politik. Es ist nötig, das fordert von uns der Herr, dass wir ehrlich und treu unseren Beruf ausüben: ob Politiker, Wissenschaftler, Professor, Unternehmer oder Arbeiter, oder im „Beruf“ des Rentners: ein Christ, dem das ganze Leben lang die soziale Dimension des Evangeliums am Herzen liegt, verzichtet auf den „Anspruch auf Rast“ und arbeitet, solange ihn der Herr nicht in das Königreich ruft, nach dem er sich das ganze Leben sehnte. Wir alle sind zum Geist der Bußfertigkeit aufgerufen: lasst uns also unser Gewissen erforschen und lasst uns den Mut haben, uns zu unserem Werk und der Verantwortung dafür zu bekennen, was uns in den vergangenen Jahren nicht gelang.

Wie wir bemerkten, wurde die Denkschrift pauschal kritisiert, dass sie überholt sei, ein Bild der sozialen Problematik aus der Vorkriegszeit vorstelle, und dafür, dass man sich nicht genug mit den Dokumenten auseinandergesetzt habe, die während des Pontifikats von Johannes Paul II. erarbeitet wurden. Das ist eine unbewiesene, aber ernste Anschuldigung, und es fällt uns darum nicht leicht, auf sie zu reagieren. In der wissenschaftlichen Gemeinschaft hat der Dialog seine Regeln und dies sollte unter Brüdern und Schwestern in Christus umso selbstverständlicher sein: in Liebe geführt, mit der Bereitwilligkeit, der anderen Seite zuzuhören. Urteile ohne Argumente (und ohne Liebe) können kaum zu Frieden und Wohl führen.

2. Märtyrertum, Lamentieren und ein Gefühl von Ungerechtigkeit – eine „tschechische Eigenart“ in der christlichen Kritik?

Die ausgesprochene Befürchtung, ob nicht schon etwas Falsches im tschechischen Denken von uns Christen ist – Katholiken und Protestanten, Angehörigen der Böhmisches Brüdergemeinde und Orthodoxen... – war für uns ein ernsthafter Grund zum Nachdenken. Es stellt sich die Frage, ob die kritische Position der Gesellschaft und der Transformation gegenüber nicht aus irgendeinem Gefühl des „Erleidens von Ungerechtigkeit“, aus einer „Neigung zum Märtyrertum“ oder aus einem „übertriebenen“ Festhalten an „unserer Wahrheit“ hervorgeht. Es sind eindringliche und schmerzhaft Fragen, ob es nicht unserer Position in der Gesellschaft – einer Minderheits-Position! – zuzuschreiben ist, dass wir die Tendenz haben, eher zu kritisieren und zu „lamentieren“, als tätig zu werden (und sich notwendigerweise dabei mehr oder wenig „schmutzig“ zu machen). Ob wir in unseren „ungläubigen“ Nächsten nicht überflüssigerweise Feinde sehen, weil wir geneigt sind, ihnen zu predigen und zu moralisieren, und letztlich, ob wir überhaupt mit unserem Leben den moralischen Anspruch haben, die anderen zu „belehren“. Das ist in der Tat eine Reihe von sehr ernsten und miteinander verflochtenen Fragen. Zu den Fragestellungen, die sicherlich Gegenstand der weiteren Diskussionen sein werden, gehört auch die nähere Untersuchung dessen, was aus dieser Perspektive die anthropologische Sicht auf „den Menschen in der Welt“ bedeutet und die Vertiefung der sozial-ethischen Ebene des christlichen Personalismus, zu dem sich die Enzykliken und auch unsere soziale Denkschrift bekennen.

Eine mögliche Gefahr für jede Analyse ist die „Überbelichtung“ des Bildes: schwarz und weiß, Schatten und Helligkeit erscheinen zu kontrastreich. In unserer Vergangenheit lebten nicht nur Helden und Verräter, Märtyrer und Henker und die breite Mitte muss nicht nur eine „graue Zone“ sein. So unterschieden sich die Christen in der Vergangenheit nicht nur in Dissidenten und Kollaborateure, „Chartisten“ und „Pacem in terris-Anhänger“, unter schwierigen Bedingungen wurde für das christliche Engagement viel Gutes vollbracht. Und auch im letzten Jahrzehnt erreichten öffentlich engagierte Christen – vor allem in der Kommunalpolitik – eine Reihe von positiven Ergebnissen. In der Denkschrift werden Einrichtungen, vor allem formale und rechtliche, aber auch „moralische“ Organe der Legislative, Exekutive und Judikative in den höheren Etagen der Politik unter die Lupe genommen, deren Politik traf die Christen fachlich nicht ausreichend vorbereitet und politisch unerfahren. Die Ursache des Versagens lag daher vielleicht in der „Unwissenheit, die keine Sünde begeh“, und erst dazu kam auch moralisches Versagen, als man „sich behaupten“ wollte. Und damit gelangen wir zu einem besonders schwierigen Thema: der Fähigkeit und dem Willen zur Selbstreflexion. Die Autoren der Denkschrift geben zu, dass der Wert der bürgerlichen Freiheit, die uns im vergangenen Jahrzehnt erneut zuteil wurde, im Dokument nicht genügend gewürdigt wird. Wir alle unterliegen der Versuchung, die Freiheit als selbstverständlich hinzunehmen, obwohl jene Zeit, in der wir Einschränkungen der bürgerlichen und religiösen Freiheit erlebten, gar nicht lange zurückliegt.

3. Die Kunst, sich selbst und seine Vergangenheit anzunehmen – die Bereitschaft, sich in Wahrheit und Liebe zu versöhnen

Die öffentliche Diskussion zeigte, dass zum Erbe der Vergangenheit viele Erinnerungen gehören, und dass in der Interpretation unserer Vergangenheit bisher wenig Übereinstimmung herrscht, selbst unter uns Christen. Obwohl sich in der Denkschrift Christen zu ihrem Teil der Verantwortung bekennen, zeigte die Diskussion, dass auch dies noch zu wenig ist. Die Kirchen engagieren sich traditionell in Caritas und Diakonie – und dafür sei Gott gedankt. Aber Caritas alleine reichte und reicht nicht aus und vom bürgerlichen und politischen Engagement ließen sich Christen allmählich zurückdrängen oder die christlichen moralischen Prinzipien wurden in Kompromissen zermahlen. Die kirchliche Obrigkeit widmete den päpstlichen Sozialzyklen und der sozialen Dimension des Evangeliums in der Vergangenheit, schon seit der Entstehung der Industriegesellschaft, nicht genügend Aufmerksamkeit. Die Katastrophen des Ersten Weltkriegs, die Weltwirtschaftskrise und die langandauernde Depression sowie sozialen Missstände zweier totalitärer Regime – dem „braunen“ und dem „roten“ – hatten ihre Wurzeln auch in der sozialen Sphäre, in den Strukturen der Sünde, in Institutionen und in einer Politik, die im Widerspruch zu den Prinzipien der christlichen Soziallehre stand.

In Deutschland können sich Katholiken und Protestanten bis heute nicht auf das Ausmaß des Versagens angesichts des Machtantritts Hitlers am Anfang der dreißiger Jahre einigen und auf das Ausmaß der Unterstützung, die sie ihm während seiner ganzen Regierungszeit leisteten. Auch die Ablehnung der ersten Republik, die in der Zeit der Münchener Krise besonderes in konservativen Kreisen des tschechischen Katholizismus stark war, können wir nicht außer Acht lassen. Wir müssen uns auch mit der Beteiligung von Christen an der eingeschränkten Demokratie in der Zeit von 1945-1948 auseinandersetzen und besonders mit der Kollaboration von Einzelnen, Gruppen und Repräsentanten der Kirchen in unserem Land, die nach der Machtergreifung der Kommunisten im Februar 1948 bereit waren, sich an einer Regierung zu beteiligen, die im offenkundigen Widerspruch zu einer parlamentarischen Demokratie und den Prinzipien der christlichen sozialen Lehre stand.

Traumatisierend bleibt für unsere Gesellschaft auch die Nachkriegslösung der sogenannten deutschen Frage. Ein führender deutscher Fachmann auf diesem Gebiet, der bei uns gut bekannte Prof. Dr. Manfred Spieker, schätzt die Denkschrift „Frieden und Wohl“ als ein ausgezeichnetes Dokument, äußert jedoch gegenüber der Formulierung des Versagens der tschechischen Christen nach dem Zweiten Weltkrieg Vorbehalte. Dieses zeigte sich keineswegs nur in den „wildem“ Vertreibungen, sondern, seiner Meinung nach, auch in der Abschiebung der Deutschen als solche. Diesen schmerzhaften Punkt der Geschichte, von dem sich zwischen Tschechen und Deutschen eine Kette von gegenseitigen Beschuldigungen tief in das vorhergehende Jahrhundert windet, versuchen die führenden Politiker beider Länder mit dem Hinweis auf Versöhnung und künftige Aufgaben zu lösen, die uns und die deutschen bzw. österreichischen Nachbarn zu entsprechenden Schritten verpflichten. Diese Perspektive halten wir für die einzig mögliche.

Damit möchten wir nicht das Versagen der kirchlichen Gemeinschaften und einzelner Christen bei uns entschuldigen: Sie schafften es nicht – bis auf Ausnahmen – nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der vorherrschenden antideutschen Stimmung zu trotzen. Dies verhinderte, dass der Grundsatz durchgesetzt wurde, die Schuld aller gerichtlich zu prüfen und zu untersuchen, wer sich von unseren Bürgern deutscher Nationalität an der Zerschlagung der Vorkriegs-Tschechoslowakei, an der Naziwillkür vor und nach dem Abschluss des Münchener Abkommens und wer sich aktiv an der Okkupation des Restes unseres Staates nach dem 15. März 1939 beteiligte. Es ist auch nicht möglich, die Welle der wilden Vertreibungen und die damit verbundenen Verbrechen auf tschechischer Seite zu entschuldigen, die in den ersten Monaten nach Beendigung des Krieges Leid und den Tod vieler Tausender Deutscher zur Folge hatten. Wir sollten in uns genügend Tapferkeit finden, damit wir vor Europa klar das Dekret des Präsidenten Beneš als schändlich und unmoralisch verurteilen, durch das er im

Zusammenhang mit der gewaltsamen Vertreibung der Deutschen begangene Verbrechen legalisierte.

Wir sind andererseits davon überzeugt, dass die gegenwärtige Diskussion über die sogenannten Beneš-Dekrete nicht die Nachkriegsordnung in Mitteleuropa, einschließlich der Besitz- und Eigentumsverhältnisse, anzweifeln darf. Das kann nur dann gelingen, wenn die Perspektiven in den Nachbarbeziehungen von allen Seiten in einer Atmosphäre der Versöhnung und Zusammenarbeit aufgebaut werden. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Kriegsendes gaben die Tschechische und die Deutsche Bischofskonferenz eine gemeinsame Erklärung ab, die unter anderem folgende Aussage enthält: „Der Ausgleich von Ungerechtigkeiten zwischen Menschen verschiedener Völker ist vor allem ein geistiger Prozess. Die Revision von allem, was vor fünfzig Jahren geschah, ist kaum möglich. Die Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen bedeutet also in erster Linie die Bereitschaft, sich von der alten nationalen Feindschaft abzuwenden und bei der Heilung der Wunden zu helfen, die diese Feindschaft beim Anderen schlug.“ Im selben Geist steht eine Stellungnahme zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen, herausgegeben vom Synodalrat der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder am 5. April 1995, als Ergebnis der zweijährigen Arbeit einer Fachkommission. Zuletzt äußerte sich zu dieser sehr kontroversen Frage am 7. April 2002 der Ständige Rat der Tschechischen Bischofskonferenz und zwar im Zusammenhang mit der Diskussion in den Medien über die Abschiebung der deutschen Einwohner. Die Ergebnisse des Krieges können nicht revidiert werden, weil dadurch neue Ungerechtigkeiten an Unschuldigen entstehen und neuer Groll entfacht würde, was in den Grundlagen des sich vereinigenden Europas keinen Platz haben sollte. Gegenseitige Entschuldigungen für verursachte Kränkungen liegen auf einer anderen Ebene als rechtliche Ansprüche auf eine Restitution des Eigentums („restitutio in integrum“). Die vergangenen Ereignisse können nicht einseitig aus heutiger Sicht beurteilt werden. Die freie Bewegung von Personen ermöglicht einzelnen Menschen, das ursprüngliche, aber wesentlich veränderte Heim zu finden. Der Weg der Christen führt zu Vergebung und Versöhnung. Wir machen uns bewusst, dass wir auf dieser Erde nur Pilger und Fremde sind. Unsere wahre Heimat bei Gott erwartet uns erst.

Es muss analog dazu eingestanden werden, dass wir uns bisher auch noch nicht genügend mit den Verbrechen des vergangenen kommunistischen Regimes auseinandergesetzt haben. Die Kritik an der Denkschrift gegen den sogenannten Mythos der Diskontinuität ist irrig. Jedenfalls ab dem Zeitpunkt, als die Nationalversammlung der kommunistischen Tschechoslowakei im Herbst 1976 die Helsinki-Protokolle ratifizierte, begannen hier Normen auf einer höheren rechtlichen Ebene zu gelten, und deshalb wäre es möglich und auch richtig, alle Taten zu verurteilen, die nach dieser Norm strafbar waren. Die Denkschrift stellte eine ungenügende Bereitschaft fest, sich mit der kommunistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Und dieser Zustand dauert leider an.

Ein vorerst letztes Kapitel wäre dann das Bekenntnis zum Versagen von Christen in der Politik der Transformation und in der Wirtschaft – ein besonders schwieriges, denn es liegt noch nicht lange genug zurück und ist immer noch mit aktuellen Interessen belastet. Aber wir weichen auch diesen Fragen nicht aus. Aber um uns selbst einen Spiegel vorzuhalten, dazu fehlt uns Christen noch viel. Wir sind ständig versucht, uns in der Position derer zu fühlen, denen jemand Unrecht antat, die von anderen nicht verstanden und ablehnt werden. Wir sollten uns fragen, ob wir daran nicht selbst schuld sind. Erst wenn wir fähig sein werden, auf diese Frage wahrhaftig zu antworten und wenn wir fähig sein werden, uns selbst als diejenigen anzunehmen, die wir sind und wenn wir es schaffen, uns unter uns – sogar auch innerhalb einer jeden der christlichen Kirchen – in Wahrheit und Liebe zu versöhnen, so dass die Mehrheit der Ungläubigen sagen kann: „Seht, wie sie sich lieben“, wohlan erst dann, nach dem Erfüllen dieser ganzen Reihe von anspruchsvollen Bedingungen, können wir von neuem die Chance bekommen, der tschechische Gesellschaft die frohe Botschaft zu verkünden. Gott hat das

endgültige Wort und die Regie der Geschehnisse in seinen Händen, aber keineswegs so, dass wir bloße Marionetten wären, sondern mit seinem beständigen geistigen Aufruf an uns, mit dem er uns zur Verantwortung für unsere persönlichen und gesellschaftlichen Aufgaben ruft. Für Gewalttaten, Krisen und Kriege können wir nicht Gott beschuldigen. Für sie haben wir Menschen uns zu verantworten und zu rechtfertigen, vor allem wir Christen, denen die Gnade des Glaubens gegeben ist.

4. Die wiederholte Versuchung, die sündigen Neigungen des Menschen „zum Guten“ auszunutzen

Die Denkschrift wird – namentlich von professionellen Ökonomen – aufgrund ihrer „traditionellen Abneigung gegen den Markt und das Misstrauen ihm gegenüber“ kritisiert („traditionell“ meint die Tradition der christlichen Kirchen). Die theoretische Ökonomie beschreibt den Markt als ein werteneutrales Mittel, das nur realisiert, was sich souveräne Verbraucher am Markt wünschen. Nach dieser Ansicht „existieren letztendlich nicht einmal ökonomische Werte oder Ziele“ – daher erscheint die Behauptung der Denkschrift „ökonomische Werte dürfen nicht als Gipfel einer Pyramide von Zielen aufgestellt werden“ (Nr. 20) den Kritikern als ein „technischer Fehler der Autoren“. Wirtschaft ist jedoch kein vom Leben der Gesellschaft isolierter Bereich, im Gegenteil, er hat darauf einen weitreichenden Einfluss. Aus sozial-psychologischer Sicht und ausreichend langer Erfahrung mit der Marktwirtschaft ist die Behauptung einer Souveränität der Verbraucher anzuzweifeln. Die christliche Soziallehre kritisiert die Konsumkultur: „Diese Kritik ist weniger gegen das Wirtschaftssystem, eher gegen das ethisch-kulturelle System gerichtet. Wirtschaft ist nur ein Aspekt und eine Dimension des vielseitigen menschlichen Handelns. Wenn sie aber verabsolutiert wird, stehen am Ende Herstellung und Verbrauch von Gütern im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens und in den Augen der Gesellschaft als einziger Wert, der keinem anderen untergeordnet ist ...“ (Johannes Paul II. in CA¹ Nr.39). Ähnlich kann nicht der Gewinn eines Unternehmens als Wert verabsolutiert werden, so sehr es da um einen unverzichtbaren Indikator für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebs geht (ebenda Nr.35). Auch das Recht auf privates Eigentum ist zulässig und berechtigt, aber nur in den Grenzen, in denen es ist nicht nur zum eigenen Nutzen dient, sondern auch zum Nutzen anderer; dann ist es – wie die Erfahrung zeigt – sogar die beste Form in der Erfüllung der „universalen Bestimmung der Güter“. Privateigentum ist kein Selbstzweck, es ist kein Aneignen um des Aneignens willen. Aus der Sicht der christlichen Soziallehre sind die Exzesse der neuen „Sozialrevolutionäre“ – diesmal in radikal-liberaler Verkleidung – unannehmbar. Diese gehen sogar so weit, ein „Lob auf das Stehlen“ auszusprechen, nach dem Prinzip „Privatisieren so schnell es geht, auch wenn man es stehlen sollte“.

Die Ökonomie als Wissenschaft ist seit ihrer Entstehung, also seit „Adam“ (Smith), auf den Eigeninteressen des Einzelnen aufgebaut. „Die unsichtbare Hand des Marktes“ führt auch in der (reinen) Theorie nur unter den sehr speziellen Voraussetzungen einer vollkommenen und sauberen Konkurrenz zur Harmonie des allgemeinen Wohlstands. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, gehen die Chancen auf die beste aller möglichen Welten verloren. Damit das „Marktwunder“ erreicht wird und eine Chance auf lange andauernde Lebensfähigkeit hat, spielt der Staat auch in der heutigen Welt eine nicht zu vernachlässigende Rolle. „Die Wirtschaft, insbesondere die Marktwirtschaft, kann sich nicht in einem institutionellen, rechtlichen und politischen Vakuum bewegen.“ (CA, Nr. 48). Die Geschichte ist voll von Belegen, wie sowohl der Markt als auch der Staat versagten und zeigt überzeugend, dass Ökonomie verbunden mit reiner Selbstsucht nicht ausreichend ist. Es lässt sich keine Prosperität in einer Wirtschaft erwarten, die nicht auf einer festen rechtlichen und moralischen Ordnung erbaut ist.

¹ Enzyklika „Centesimus annus“, Anmerkung der Übersetzerin

In der tschechischen (und nicht nur in der tschechischen) postsozialistischen ökonomischen Transformation tauchten wiederholt Bestrebungen auf, die sündigen Neigungen des Menschen „zum Guten“ auszunutzen; man war versucht, des Teufels Selbstsucht und Habgier in den Pflug der ökonomischen Entwicklung einzuspannen. Für die christliche Soziallehre ist der Teufel am Pflug der Wirtschaft sehr bedenklich, nicht nur deshalb, weil es Politikern und Unternehmern, die dieses Gespann kutschieren möchten, meist an der Heiligkeit des Prokopius mangelt. Und auch neuere Richtungen der theoretischen Ökonomie sind hinsichtlich der Rolle des Egoismus bereits aufgeklärt. In Spieltheorien, die das Verhalten von „Akteuren“ auf dem Markt simulieren, zeigt sich, dass die Bereitschaft zu kooperativem Handeln zum Nutzen des Gemeinwohls durch folgende Voraussetzungen bedingt ist: eine Erziehung zur inneren moralischen Selbst-Begrenzung, die Anwesenheit wenigstens „einiger Gerechter“ (derer, die sich an bestimmte feste moralische Grundsätze halten – auch dann, wenn sie kurzzeitig Geld einbüßen) und nicht zuletzt durch das „Gefühl, dass das Spiel mit dem Namen Business nicht beendet ist“, also durch die Sicht der Transzendenz – auch im Unternehmen. Gegenseitiges Vertrauen auf dem Markt ist dieses „unsichtbar Wirkende“, dessen Qualität über den Erfolg der „unsichtbaren Hand des Marktes“ entscheidet.

Im materialistischen Wirtschaftsdenken bleibt wenig Raum und wenig Verständnis für einen „Idealismus“, wie ihn die christliche Soziallehre vertritt. An dieser Stelle sei nur an die Warnung Otokar Březinas erinnert: „Ein Volk ohne höhere geistige Wahrheit geht unter, selbst wenn es Armee, Polizei, Gesetze und militärische Pakte schützen würden“. Tatsächlich gefährden uns heute am stärksten innerliche, geistige und moralische Schwächen. Ebenso wie die bereits überlebten, führen auch neue Formen der materialistischen Lebensphilosophie weder zu Prosperität noch zu einer gesunden Gesellschaft.

5. Frieden und Wohl der ganzen Schöpfung – die Suche nach einem post-materialistischen Lebensstil

In einer der Reaktionen auf das Dokument „Frieden und Wohl“ ist zu lesen, dass „neben Jesus und Franz von Assisi für die Christen auch die Persönlichkeit Josef Vavroušeks, des letzten Umweltministers der Föderation, eine Quelle der Inspiration ist“. Noch zwei große Persönlichkeiten sind anzuführen, deren Gedanken ausdrucksvoll die Beziehung zur Schöpfung formulieren können: der letzte Bischof der alten Brüderunität Johann Amos Comenius und der eigenwillige französische Denker und Jesuit Pierre Teilhard de Chardin. Diese beiden Männer, jeder in einer anderen Zeit und mit einer anderen Art, betonten deutlich die Einheit und Verflechtung der Schöpfung Gottes. Wenn wir uns meditativ in die ersten zwei Kapitel der Heiligen Schrift einlesen und für unser Sein die Botschaft annehmen, dass gut ist, was Gott schuf, müssen wir uns der Verflochtenheit der einzelnen Bestandteile der Schöpfung, die zusammen ein harmonisches Ganzes bilden, bewusst werden. Wir erkennen dann, dass die Schöpfung in ihrer Gesamtheit für uns Menschen Geschenk und Verpflichtung ist, wir können sie in gegenseitigem Einverständnis nutzen und haben sie zu pflegen. Adam steht für die Menschheit insgesamt. Die Theologie der Schöpfung ist nicht individualistisch und eine übertrieben liberal-kapitalistische Betonung des menschlichen Individuums steht zu ihr im Widerspruch. Dieser Bereich wurde und wird leider im theologischen Denken oft übergangen. Das äußert sich auch darin, dass man in den Kirchen bisher der Naturwissenschaft weit weniger Aufmerksamkeit widmet als den Gesellschaftswissenschaften, der Psychologie oder der Geschichtswissenschaft. In den christlichen Kirchen vergessen wir häufig die Ganzheit der Schöpfung, betont vom Heiligen Franziskus, J. A. Comenius und P. Teilhard de Chardin.

„Wohl“ ist ein sehr abstrakter Begriff. Er hängt damit zusammen, wie wir Sachen beurteilen, welches Wertesystem wir annehmen. Mit diesen Fragen beschäftigte sich Josef Vavroušek tiefgründig. Der Mensch entscheidet sich und handelt dann in Abhängigkeit davon, welchen Wert etwas für ihn hat. Das Spektrum an Werten in unserer Zivilisation hat sich erschreckend vereinfacht. Fast alles bezieht sich auf Geld, immaterielle Werte werden vage

und verschwinden aus den Erwägungen. Dabei sind für menschliche Freude und Glück immaterielle Werte wichtiger als materielle. Die Zeit der kommunistischen Totalität leistete einen nicht geringen Beitrag zur erwähnten Deformation, jedoch ist ihre Hauptursache die Abwendung von Gott dem Herrn und die Zuwendung zu Baal – dem Mammon – auch in vom Kommunismus nicht betroffenen Gebieten. Der Sturz des kommunistischen Regimes öffnete jedenfalls einen breiten Raum für Mission, Evangelisation, bzw. im zivilen Sinne für Kultur. Bisher haben wir als Christen diese kostbare Gelegenheit wenig genutzt.

Die Werte des typischen Menschen von Heute in der europäisch-amerikanischen Zivilisation sind mit der Forderung nach einer nachhaltigen Lebenskultur nicht vereinbar. Die Entwicklung und ökonomische Prosperität im bisherigen Verständnis bedrohen das Leben auf der Erde. Josef Vavroušek deutete an, wie ein alternatives Wertesystem, das die Ansprüche aller Menschen respektiert, heute und in der Zukunft aussehen sollte. Und auch gegenwärtig arbeiten bei uns einige Soziologen und Sozialökologen an der Vertiefung dieser Konzeption der „Umkehr“, der Veränderung des heutigen Lebensstils. Dieser korreliert völlig mit dem von Jesus geforderten Wertesystem, das wir auch in den Evangelien finden. Freiwillige Bescheidenheit stellt darin einen höheren Wert dar als materielles Wachstum, das Teilen hat einen größeren Wert als der Individualismus. Jesu Lehre schließt die Forderung des kategorischen Imperativs von Kant ein, demzufolge unsere tägliche Vorgehensweise im Widerspruch zu einer Reihe von Werten steht: der wachsende Anspruch auf Energie oder der Anstieg des Auto- und des Flugverkehrs. Die Suche nach einem bescheideneren post-materialistischen Lebensstil wird nicht nur durch ökologische Gefahren hervorgerufen, sondern gehört zu den Anstrengungen eines weiten Kreises von Menschen im Bemühen um die Durchsetzung einer geistig reichen Lebenskultur.

Jesu Aufforderung an seine Schüler lautet, dass sie das Salz der Erde und das Licht der Welt seien. Es ist nur wenig Salz im Essen, aber man schmeckt es. Der Glaube vertreibt Angst. Er vertreibt auch die Angst vor den Folgen einer Anwendung von Jesu Lehre, seines Wertesystems und seiner Ansprüche im täglichen Leben. Die wirkliche Nachfolge Jesu Christi bedeutet eine gewaltige Lebensbereicherung. Die Denkschrift „Friede und Wohl“ ruft zu einer verantwortungsvollen Einstellung sowohl zur eigenen Zukunft, als auch zur Zukunft unserer Nachkommen auf nationaler und weltweiter Ebene auf. Die Verschiebung der Lebensziele von materiellen zu kulturellen und geistigen, die Suche nach einem post-materiellen Lebensstil, der nicht vom Konsum dominiert wird, das ist der Schlüssel zu Frieden und Wohl auch im globalen Maßstab. Hoffnungsvolle Ansätze dieser Suche liegen in der Herausbildung und dem Ausschöpfen des sozialen und kulturellen Kapitals sowie der Erziehung zu ökologischem Denken und Verantwortung, im sparsamen Umgang des technologischen Fortschritts mit den begrenzten Ressourcen der Natur, in freiwilliger Bescheidenheit der reicheren Nationen und Gesellschaftsschichten. Dabei können und sollen Christen die Rolle der Avantgarde für einen bescheidenen Lebensstil annehmen. Es kann kein Grund zur Resignation und auch keine Entschuldigung sein, dass wir Christen wenige sind. Gott möchte, dass wir seine Geschenke im Guten gebrauchen (nicht missbrauchen) und die Schöpfung pflegen.

Die Natur liegt nicht jenseits der christlichen Verkündigung. Es ist nötig, dass in den christlichen Kirchen eine Alphabetisierung in Fragen der Ökologie stattfindet – wir sollten mehr über die Schöpfung wissen. Der Weg der freiwilligen Bescheidenheit, in der uns Franz von Assisi mit seiner biblischen Einfachheit ein Vorbild ist, ist ein Weg der Freude. Zwar in Liebe, aber deutlich warnen wir vor der Sünde gegenüber dem Nächsten. Ebenso sollten wir uns in den Kirchen auch den Begriff der „Umweltsünde“ aneignen (die Sünde gegen die Natur, gegen die Umwelt) und uns gegen sie stellen. So eine Sünde ist beispielsweise die übermäßige Nutzung von Autos. Im Rahmen unserer Möglichkeiten müssen wir uns um die Bildung eines solchen gesellschaftlichen Umfeldes bemühen, das mehr zum positiven Umgang mit der Schöpfung motiviert. Freiwillige Selbsteinschränkung im Gebrauch des persönlichen Autos ist ein gutes Beispiel: warum die Atmosphäre mit weiterem Kohlendioxid belasten, wenn im

überlasteten städtischen Verkehr letztendlich der Weg mit der Metro oder einem anderen Nahverkehrsmittel häufig nicht nur ökologischer, sondern sogar schneller ist? Ein anderes Beispiel: viele von uns kämpfen mit Übergewicht, weil sie sich zu großzügig ernähren. Dabei kämpfen so viele – auch in unserer Gesellschaft – mit materieller Not.

In ökologischen Kreisen, inspiriert durch den „Patron der Umwelt“, den Hl. Franziskus von Assisi, entstanden die „Zehn Gebote“ zur Bewahrung einer gesunden Lebensumwelt für uns und für die zukünftigen Generationen. Seine sittlich bindenden Aufforderungen wenden sich an jeden von uns:

Entdecke und respektiere die ganze Schöpfung: sei gerecht dem Nächsten und der Natur gegenüber!

Soziale Gerechtigkeit ist kein Trugbild – versuche brüderlich alles mit allen Menschen zu teilen!

Bemühe dich um den Zusammenhalt aller Menschen guten Willens, denen es um einen dauerhaften Frieden unter den Menschen und allen Geschöpfen geht!

Die Natur gestalte um – aber nur mit gesunden und zivilisierten technischen Mitteln!

Warne vor der Vernichtung einzelner Gebiete unserer Mutter Erde und ihrer Fauna und Flora!

Pflege die Vielfalt der Schöpfung, schütze wie Deinesgleichen vor allem die Zentren der biologischen Vielfalt!

Heile, was schon krank ist – verbessere den Zustand der verunreinigten Lebensumwelt und gestörter Regionen!

Erziehe deine Kinder und Enkel, zu Hause und in der Schule, zu Ökologie und Liebe zur Schöpfung!

Eine genussüchtige Lebensauffassung führt nicht zu Glück – ein bescheidener Lebensstil ist freudiger!

Die Welt ist uns nicht zur Ausbeutung gegeben, sondern zur Feier der Schöpfung Gottes!

Die Denkschrift „Frieden und Wohl“ betont die Mangelhaftigkeit eines Wertesystems, das ausschließlich auf das Materielle setzt. Zwischen den Zeilen findet sich die Aufforderung im Geiste Jesu Christi Gottes Königreich zu suchen. Die Denkschrift stellt dankbar fest, dass sich in vielerlei Hinsicht – wie etwa beim Materialeinsatz in der Produktion und im Hinblick auf die ökologische Belastung der Landschaft – der Zustand des Lebensumfeldes sich bessert. Das bisher Erreichte ist jedoch kein Grund, in Selbstzufriedenheit zu verfallen. Ökonomen und Politiker sind aufgerufen, alte Paradigmen loszulassen, und wir alle sind zur Änderung unserer Sichtweise, zur Buße, zu einer qualitativen Änderung des Lebens, zur wirklichen Nachfolge Christi aufgerufen.

III. Offen zur bürgerlichen Gesellschaft und zu ihrer politischen Repräsentation

6. Die „schweigende Kirche“ hat das Recht zu sprechen

In der Ideologie und im Lebensalltag des atheistischen Regimes der vergangenen Jahrzehnte wurde der Glaube höchstens als privates Bedürfnis „eines sich noch irrenden“ Menschen anerkannt und die Kirche damit auf das Innere der Gotteshäuser beschränkt. Während sich die Kirche in der freiheitlichen Welt zum gesellschaftlichen Leben seit mindestens einem Jahrhundert regelmäßig in den Päpstlichen Sozialzyklen, aber auch in den Dokumenten der Reformierten Kirchen äußerte, war die Kirche im kommunistischen Block zum Schweigen verurteilt. Mit dem Fall des bis dahin allein geltenden „wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus“ kehrten in unser Land die politische, akademische und religiöse Freiheit zurück und mit ihnen auch das Recht der Kirche, am gesellschaftlichen Dialog teilzunehmen. Aus Vereinen, Körperschaften, Stiftungen, Nicht-Gewinn-Organisationen, öffentlich-nützlichen Gesellschaften, humanitären und Interessengemeinschaften, Städten, Gemeinden, höheren Verwaltungseinheiten, gesellschaftlichen Organisationen der privaten und öffentlichen Verwaltung einschließlich der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften und vor allem aus der Kirche und den Religionsgemeinschaften bildet sich die bürgerliche Gesellschaft, die wir erneuern. Alle diese Kräfte müssen mit ihrer Stimme, ihrem Handeln und ihrem Einfluss unbedingt zum Gesamt-Geschehen im Land beitragen. Es würde sich negativ auf die Gesellschaft auswirken, wenn neben der Stimme des Staates, die manchmal ungesund bevormundend erscheint, nicht auch diese Stimmen zu hören wären.

Fragen und Zweifel, ob sich die Kirche zu gesellschaftlichen Fragen äußern kann oder nicht, soll oder nicht sollte, sind eitel. Im Gegenteil, mit dem Dokument „Frieden und Wohl“ reihte sich die Tschechische Republik in die normalen Vorgangsweisen der freien Gesellschaften und zivilisierten Nationen ein, die sich schon lange nicht mehr nur auf Europa oder die USA beschränken. So lagen dem einschlägigen Dokumentationszentrum an der Universität im schweizerischen Fribourg schon in der Zeit seiner Gründung (1993) mehr als 1500 (!) ähnlicher sozialer Dokumente vor, und erfreulicherweise wächst ihre Zahl mit jedem Jahr.

Die christliche Soziallehre ist immer und überall die Anwendung der christlichen Botschaft auf die sozialen Probleme der Zeit. Ihre Grundlagen sind das Evangelium und der gesunde Menschenverstand. Abgeleitet aus der Moralthologie, die sich mit der Gerechtigkeit befasst, ist sie heute eine moderne fachübergreifende soziale Lehre, die nicht nur aus Bibelwissenschaften und Theologie, sondern auch aus der Soziologie, Politologie, Ökonomie, Philosophie und Anthropologie schöpft. Der Grund für das Interesse der Kirche an der Gesellschaft und ihren Institutionen erwächst aus der Tatsache, dass „die Verhältnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens einer beträchtlichen Anzahl von Menschen die größten Hindernisse bei der Pflege des einzig nötigen, d.h. des ewigen Heils sind“ (Pius XI. in seiner 1931, mitten in der Weltwirtschaftskrise, herausgegebenen Enzyklika).

Das Propheten- und Lehramt ist kein bloßes Moralisieren, sondern war schon für die alten Israeliten mit der Weitergabe der sittlichen Lehren, mit der Erziehung und auch der Beurteilung der Sitten verbunden, immer mit Bezug auf Gott und seinen Anspruch an den Menschen. Eine Sittenlehre, losgelöst vom Glauben an Gott, von der Metaphysik, der reinen Nächstenliebe und in Unkenntnis der eigenen Verantwortung, könnte auch zu einer Überheblichkeit über „diese Anderen“, und damit zur Erniedrigung ihrer menschlichen Würde und schließlich zur Einschränkung ihrer Gedanken- und Handlungsfreiheit führen.

Weder das Dokument „Frieden und Wohl“ noch seine Autoren haben derartiges im Sinn. Die christliche Soziallehre stellt hohe ethische Ansprüche an uns alle. Die Kirchen haben

den Anspruch und die sittliche Verpflichtung, aus dem Kraftfeld der begrenzten politischen und wirtschaftlichen Interessen herauszutreten und sie haben die Pflicht, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Damit, dass die Bischofskonferenz dieses Dokument zur sozialen Frage öffentlich zur Diskussion stellte, verwirklichten die Bischöfe nur das, wozu sie sich verpflichtet fühlten. Das Lehramt der Kirchen ist mit der Pflicht verbunden, auf Fehler im Denken und Handeln hinzuweisen, die zu Irrtümern oder gar zu Sünden führen können. Wir sind solidarisch mit allen, die sich in guter Absicht die „Finger verbrannten“ und nicht erfolgreich waren. Und wir sind uns bewusst, dass unsere Argumentation kaum diejenigen Menschen erreicht, die jedwedes „Moralisieren“ aus Prinzip ablehnen – zumindest solange sie nicht begreifen, dass Freiheit nicht heißt, „zu tun, was man will“.

7. Die „Strukturen der Sünde“ sind keine Erfindung des Marxismus oder der „Theologie der Befreiung“

Über die Erfahrungen mit dem Bösen oder der Sünde zu sprechen, kann den Anschein haben, unmodern zu sein. Trotzdem ist die Erfahrung gerade des vergangenen Jahrhunderts, dass das Böse den Menschen nicht nur als Einzelwesen, sondern auch als Gesellschaft insgesamt betrifft, daher nicht nur einen persönlichen, aber auch einen strukturellen Charakter besitzt. Den Ausdruck „Strukturen der Sünde“ benutzte Papst Johannes Paul II. erstmalig, zwei Jahre vor dem Fall des „Reiches des Bösen“, in der sozialen Enzyklika „Sorge um die soziale Frage“. Die Strukturen des Bösen oder das „institutionalisierte Böse“ haben ihre Wurzeln im Versagen Einzelner, in der persönlichen Sünde. „Deshalb sind sie auch immer mit konkreten Taten von konkreten Personen verbunden, die solche Strukturen einführen, festigen und ihre Beseitigung erschweren. So stärken und verbreiten sie weitere Sünden, werden zu ihrer Quelle, da sie das menschliche Verhalten unterminieren und irreleiten.“ (Papst Johannes Paul II., *Sollicitudo rei socialis*, Nr. 36 – Anmerkung der Red.)

Strukturelle Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen verändern nicht automatisch die Persönlichkeit des Menschen in ihrem Wesen; das personale Böse wird nicht mit bloßen „Systemwechseln“ überwunden. Ohne einen inneren Wandel des Menschen kann es nicht zu einer wirklichen Veränderung des Menschen und gleichzeitig der Gesellschaft kommen. Aber auch strukturell wirkt kein Automatismus: der strukturelle Charakter einer Reihe von Formen des Bösen überlebt in der Gesellschaft oder verändert nur sein Aussehen. Wenn die katholische Soziallehre über die Strukturen des Bösen spricht, stimmt sie damit nicht gleichzeitig mit den Lehren des Marxismus oder mit gewalttätigen Methoden des Klassenkampfes überein. In diesen Punkten sprechen die kirchlichen Dokumente zur sogenannten „Theologie der Befreiung“ eine eindeutige Sprache und korrigieren deren Irrtümer. Allerdings ist es nötig, die von uns erduldeten Wurzeln des Bösen genau zu benennen. Papst Johannes Paul II. spricht über „Egoismus und Kurzsichtigkeit“, über „zweifelhafte politische Richtungen“ und über „unklugen ökonomischen Entscheidungen“ und argumentiert, dass es in diesem Zusammenhang um Sünden oder Strukturen der Sünde geht. Die Existenz der Strukturen des Bösen in unserer Gesellschaft und Ökonomie sind eine Wirklichkeit, vor der man die Augen nicht verschließen kann. Es ist Pflicht und sittliche Verpflichtung aller Menschen guten Willens, die mit diesem strukturellen Bösen in Berührung kommen, auf seine Existenz aufmerksam zu machen und nach ihren Möglichkeiten auch seine Wurzeln zu enthüllen. Das gilt vor allem für die Menschen, die sich in der Welt der Politik und in der öffentlichen Verwaltung, in der Wirtschafts- und Finanzwelt bewegen. Schon Papst Pius XI. formulierte im Jahre 1931 den Gedanken, dass beides von Nöten ist: „eine Reform der Institutionen und eine Verbesserung der Sitten“. Es ist ein geschichtliches Versagen der Christen der vorhergehenden Generationen, wenn sie sich auf die Sphäre der Sozialarbeit beschränken ließen, so sehr dieses Engagement von der sozialen Dimension des Evangeliums her geboten und niemals ausreichend ist. Aber caritative Tätigkeit allein reicht nicht.

8. Einen Rechtsstaat müssen wir wirklich wollen und dementsprechend handeln

Die noch nicht ganz überwundene Rechtsauffassung aus dem vergangenen Regime einerseits und die Notwendigkeit, unsere Rechtsordnung mit der Legislative der Europäischen Union in Übereinstimmung zu bringen andererseits, rufen Fragen hervor, ob und in welchem Maße wir ein Rechtsstaat sind. Ein Großteil der notwendigen rechtsstaatlicher Institutionen wurde bereits eingerichtet und an der Einrichtung des Höchsten Verwaltungsgerichts wird gearbeitet. Wir haben ein Staatsoberhaupt, eine Regierung, ein Parlament, Gerichte, Polizei, Militär, Ministerien und Ämter, wie es in einem modernen Staat üblich ist. Wir haben die Kodexe des bürgerlichen und des Strafrechts, wir haben Rechtsnormen zu den Funktionen aller staatlicher Organe, Ämter, Gerichte und für Banken und Sparkassen, die heute schon die wesentlichen Institutionen des Kapitalmarkts sind. Die institutionelle und die rechtliche Ordnung funktionieren aber nicht immer zufriedenstellend, es mangelt an der Erfüllung der Buchstaben des Gesetzes mit dem entsprechenden Geist. Zu oft bleiben sie nur Hülle, tote Worte, es überleben oft noch die „verfestigten Verhaltensmuster“ aus dem vergangenen Regime; neue Gesetze werden sogar übergangen, damit alles beim Alten bleiben kann. Der Appell an die Gerechtigkeit ist immer noch zu langsam, aufwendig und manchmal auch ganz vergeblich. Oft haben Rechtsvorschriften eine geringe Qualität, sind hypertroph und engen nicht selten die Bürger fast sinnlos ein, in ihrer Folge wuchert die Bürokratie. Das Rechtsbewusstsein ist auch bei den einzelnen Bürgern nur schwach und es ist bedrückend, dass viele Menschen auf jenes überhebliche Verhalten stoßen, wie sie es aus eigentlich vergangenen Zeiten kennen. Die öffentlichen Beamten sind sich selten der Tatsache bewusst, dass die Grundlage ihrer Funktion der Dienst am Bürger ist.

Die Frage, ob wir ein Rechtsstaat sind oder nicht, ähnelt der Frage, ob ein Glas Wasser halb leer oder halb voll ist. Wir haben im Grunde genommen rechtsstaatliche Institutionen und diese sind auf dem Weg, ihre rechtlichen Funktionen zu erfüllen. Mit dem derzeitigen Zustand können wir aber kaum schon zufrieden sein; zu weit ist dieser von den Idealen entfernt, welche uns die christliche Soziallehre vor Augen stellt. Dem Recht ist die ihm zukommende Rolle voll zurückzugeben, es ist notwendig, das Recht in den Augen der Bürger zu „rehabilitieren“. Die Notwendigkeit eines „Moral orientierten Rechts“ (Nr. 27 des Dokumentes) ist eine dringliche Forderung in der heutigen Zeit. Darunter verstehen die Autoren allerdings nicht, das Recht durch die Moral zu ersetzen, wie es einige Kritiker meinen. Dieser Aufruf richtet sich an alle Akteure der Justiz; es geht darum, nicht die etymologische Bedeutung ihrer Berufsbezeichnung und ihres Fachgebiets zu vergessen. Sie müssen sich dessen bewusst sein, dass sie dazu da sind, um Recht und Gerechtigkeit zu garantieren. Zur Rehabilitation des Rechts ist es ebenso notwendig, dass die Bürger einerseits ihre Rechte kennen - eine Frage der Aufklärung -, aber andererseits sich auch nicht fürchten, ihr Recht einzufordern und sich gegen Unrecht zu wehren.

9. Der Sozialstaat ist zu reformieren, aber nicht zu verwerfen

Der Sozialstaat gehört sicherlich zu den Prinzipien der christlichen Soziallehre. Aber was ist ein „Sozialstaat“? Das Dokument „Frieden und Wohl“ lehnt sich nach Meinung einiger seiner Leser zu sehr an die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft an und wurde dafür von ihnen kritisiert. Diese wird heute als überwundene historische Episode in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands angesehen, ebenso wie die theoretische Konzeption des sogenannten Ordoliberalismus. Liberal ausgerichtete Ökonomen in Tschechien sehen darin heute einen Anachronismus, in extremen Fällen sogar „Sozialismus“ und in diesem Fall auch eine geopolitische Gefahr von deutscher Seite. Das Dokument sagt nicht mehr, als dass „die christliche soziale Lehre der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft am nächsten steht“ und dass diese in der heutigen Welt eine dringende Reform benötigt (Nr. 17). Wahr ist, dass sich die moderne Theorie auch in Deutschland von der einstigen Schule des „Ordoliberalismus“ stärker hin zu neuen Schulen mit ihrem Ursprung in Amerika, der sogenannten

konstitutionellen politischen Ökonomie (Tullock, Buchanan) entwickelte. Aber auch hier wächst die Forderung nach einer Ordnung, nach festen allgemein verbindlichen „Spielregeln“, nach denen wir alle handeln und wirtschaften lernen müssen. Der Missbrauch der Institutionen des „Sozialstaates“ als „Vorsorge des Staates“ ist bereits Gegenstand der Kritik in der Enzyklika „Centesimus annus“. Auch in Deutschland, wo das Konzept die größten Erfolge sowohl in seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit als auch im sozialen Bereich zu verzeichnen hatte, ist der Sozialstaat Gegenstand tiefgreifender Reformen. Prof. Manfred Spieker, gut bekannt auch bei uns, hält einen „Sozialstaat, ausgerichtet auf Souveränität“ für ebenso gefährlich wie einen „emanzipierten Sozialstaat“. Aber ebenso hält er ein umgekehrtes System „Minimalstaat“ für schädlich, das dem Sozialstaat jedwede Berechtigung nimmt und auf einer Anthropologie des Individuums aufbaut, für die das allgemein Gute eine leere Formel ist. Der Schlüssel zur Reform des Sozialstaates ist die Rückkehr der Gesellschaft zum Respekt des Prinzips „Verantwortung und Subsidiarität“, also ein „subsidiärer Sozialstaat“. In diesem Sinne ist die Problematik „Reformation des Sozialstaates“ eine der Schlüsselaufgaben nicht nur für das benachbarte Deutschland, sondern auch für das ganze westliche Europa.

Der „subsidiäre Sozialstaat“ geht aus der Erfahrung hervor, dass die Berechtigung eines Sozialstaates – aufgebaut auf der Forderung nach dem Gemeinwohl – mit seiner Subsidiarität verbunden sein muss. Die Gaben des subsidiären Sozialstaates müssen für die Unterstützten Hilfe zur Selbsthilfe bedeuten, ihren Willen zur Stärkung und Förderung der Verantwortung für sich selbst und für ihre nächsten Angehörigen erhöhen. Der Staat darf dem Einzelnen nicht die Initiative abnehmen, die zum Gelingen seines Lebens nötig ist. In diesem Sinne sind die Aufgaben des Sozialstaates durch dreierlei bemessen: das Prinzip des Rechtsstaates, das Prinzip der Subsidiarität und die Artikel zu den grundlegenden Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten.

Es wäre unser eigener Fehler, wenn wir nach dem Prinzip des „schwingenden Pendels“ weg vom Erbe des totalitären sozialistischen Staates zum anderen Extrem eines „Minimalstaates“ wechseln wollten, dies wäre tatsächlich ein Anachronismus. Ebenso zu unserem Schaden wäre es, wenn wir es nur deshalb ablehnen würden, aus den Erfahrungen der sozialen Marktwirtschaft zu lernen, weil dieses Konzept in Deutschland entstand.

10. Die Europäische Union ist für uns eine Gelegenheit, von der wir einst nicht einmal träumten

Es tauchte die Meinung auf, dass die Denkschrift die Europäische Union als zu „problemlos“ darstellt. Diese neue Art zwischenstaatlicher Gesellschaft und einer sich herausbildenden freiwilligen Integration hatte von ihrem Beginn an idealistische Motive. Elemente dieses Idealismus halten bis heute an – zum Beispiel hinsichtlich der Regeln zur Repräsentation und Entscheidungsfindung in den europäischen Organen, die kleine Staaten begünstigen. Auch die rechtliche und auf Konsens ausgelegte Art und Weise der Verwaltungen und Einrichtungen in der Europäischen Union sind das Ergebnis einer gereiften und erfahrenen europäischen Zivilisation: eine angenommene Entscheidung verwirklicht sich durch Gesetzeskraft oder einen Beschluss, die EU hat keine Gewaltmittel (und benötigt sie auch nicht), um diese durchzusetzen. Den baldigen Beitritt unserer Republik zur Europäischen Union halten wir für einen unerlässlichen Schritt auf dem Weg zur Überwindung der totalitären Vergangenheit und zum zivilisatorischen Fortschritt allgemein. Hier haben wir viel zu lernen, hinsichtlich einer breiten Teilnahme der Bürger am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben und dessen rechtlicher Regulierung, sowie hinsichtlich einer effektiven öffentlichen Verwaltung. Die Fülle der Kontakte und Kooperationen auf allen Ebenen nehmen wir nicht als eine Bedrohung unserer nationalen Identität wahr, sondern es war umgekehrt der „Isolationismus“ des vergangenen Regimes, unter dem unsere nationale Identität litt.

Die Autoren des Dokuments „Frieden und Wohl“ stehen der EU kritisch, aber positiv gegenüber. Die Europäische Union ist bisher rechtlich nicht vollendet, sie hat weder eine

eigene Verfassung noch eine klar definierte Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative, wie es jede wirkliche demokratische Struktur benötigt. Die EU hat eine Reihe von offenen rechtlichen, finanziellen und politischen Problemen und ihre weitere Entwicklung ist von der Annahme einer grundlegenden Verfassung sowie vom Verlauf ihrer Erweiterung, d.h. von der Entwicklung der politischen Meinung in den Mitglieds- und Beitrittsländern abhängig. Die Möglichkeiten der „Umkehr zum Guten“ sind immer noch offen und um den Beitritt zur EU bewerben sich weitere Staaten. Grundlegend ist jedoch, dass sich alle Partner erneut dessen bewusst werden, dass die Stabilität der Rechtsordnung in der Europäischen Union und in den anderen Staaten von moralischen Werten und Traditionen abhängt, die von dieser vergleichsweise jungen Einrichtung nicht geschaffen wurden. Die Grundlagen der europäischen kulturellen und moralischen Tradition gehen aus drei Quellen hervor: aus der griechischen Philosophie, dem römischen Recht und dem christlichen Glauben in Gott.

Damit wir Tschechen in der internationalen kulturellen Begegnung bestehen können, müssen wir selbst unsere eigenen christlich-geistlichen Wurzeln stärken und erneuern. Umso besser tragen wir dann auch zur Erneuerung der schon zu sehr materialistischen westlichen Welt bei, die sich mit ihrem säkularem Humanismus vom christlichen Ausgangspunkt der Begründer der Union - Adenauer, Schumann, Alcida de Gasperi und vielen anderen, einschließlich den Vätern der sozialen Marktwirtschaft – entfernten. Die vorbereitete Verfassung der Europäischen Union soll nicht nur ein Rechtsdokument sein, sondern auch die neue Vision eines einheitlichen Kontinentes. Den Werten Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gleichheit, schon in der Menschenrechts-Charta verankert, angenommen durch die EU im Dezember 2000 in Nizza, fehlt die transzendente Grundlage und ausreichende Beachtung der sittlichen Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der nächsten Generation und auch der Natur gegenüber. Die Länder der Europäischen Union sind ein Teil der globalen Weltordnung und in ihrem Rahmen beteiligen sie sich auch am Missbrauch der Wirtschaftsmacht und –kraft an der Unterdrückung und dem Handel unter ungleichen Bedingungen gegenüber der „Dritten Welt“. Auch dieser Teil der Welt leidet unter dem Einfluss der „Strukturen der Sünde“, der organisierten Börsartigkeit, dem Drogen- und Waffenhandel mit der ihn begleitenden Korruption und zweifelhaften Methoden einiger übernationaler Organisationen und Vereinigungen. Aber auch wenn diese problematischen Seiten der europäischen Integration, die mit Unrecht und Leid in einem globalen Ausmaß verbunden sind, angesprochen werden müssen, sie werden in allen sozialen Enzykliken von Johannes Paul II. kritisiert, so sind wir auch in dieser Hinsicht tief überzeugt, dass es für unsere Nation besser ist, sich am Kampf dagegen im Rahmen der EU zu beteiligen.

Es ist eine Tatsache, die man nicht genug betonen kann, dass der Rahmen des vereinten Europas die jahrhundertlangen Feindseligkeiten zwischen den benachbarten Nationen zu überwinden half. Der Christ ist für dieses Geschenk Gott dankbar. Diejenigen, die sich außerhalb der Kirche fühlen, sollten sich von ihrem Gewissen und gesunden Menschenverstand führen lassen. Im Innern der Europäischen Union haben wir eine größere Chance, die Ängste aus einer wirtschaftlichen Unterordnung unseren westlichen Nachbarn gegenüber zu überwinden. Wenn sich die tschechische Gesellschaft in der Zusammenarbeit und im Wettbewerb entwickeln und verbessern kann, werden wir uns in Produktivität und Lebensqualität dem Feld der führenden Länder nähern. Der Umgang mit der Begrenzung der staatlichen Souveränität ist eine Tatsache, das ist selbstverständlich nicht einfach sondern anspruchsvoll für alle.

IV. An die führenden Persönlichkeiten in Gesellschaft und Kultur, an alle Führungskräfte in der Wirtschaft und im Finanzwesen - mit einem Appell an die Vernunft

11. Eine Krise in unserem Land?

Viele Stimmen in der Diskussion – insbesondere die von Ökonomen und Politikern der Rechten – bezeichneten die Denkschrift „Frieden und Wohl“ als pessimistisch und bemerkten, dass es unser Land ungerechterweise in der Krise sieht. Ist bei uns keine Krise? Haben wir keine Krise in dem Sinne, dass Firmen reihenweise Bankrott gehen, der Wert der Krone fällt und diese Tendenz sich eher noch „verstärkt“? Das Wirtschaftswachstum hat sich nach drei Jahren Abstieg erst vor zwei Jahren wieder erholt, und dies um den Preis eines beunruhigenden Wachstums des öffentlichen Haushaltsdefizits und der Verschuldung, welche nicht unter Kontrolle zu bringen ist. Gewalt in einem massiven Umfang und Plünderungen gibt es bei uns nicht, aber das Maß der Diebstähle droht hier und dort schon zu gesellschaftlicher Anarchie auszuwachsen. Einen der Gründe für die schleichende gesellschaftliche und politische Krise sehen wir darin, dass in der Tschechischen Republik, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, persönliches Eigentum einen geringen Stellenwert hat, Eigentümer werden durchwegs als „Diebe“ verdächtigt. Das Vertrauen in Gerichte und Polizei ist, vergleichbar mit den anderen postkommunistischen Ländern, eindeutig niedriger als im benachbarten Österreich sowie weiteren Ländern der EU. Ebenso ist das Vertrauen in Parlament und Regierung bzw. Politiker sehr gering. Es herrscht eine Langzeitarbeitslosigkeit, die Familien an den Rand des gesellschaftlichen Lebens drängt – dies ist jedoch ein europaweites Problem.

Darüber hinaus zeigt sich eine chronische Krise der Zivilisation in der Tatsache, dass schon seit einer Reihe von Jahren bei uns jährlich ungefähr zwanzigtausend Kinder weniger geboren werden, als Menschen sterben. Währenddessen werden in jedem Jahr etwa vierzigtausend Abtreibungen vorgenommen. Die Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts brachte uns an den Rand der westlichen Welt. Meistens sind wir unzufrieden mit den praktischen Folgen dieser Position, die sich durch ein niedrigeres Lebensniveau und eine ungenügende Ordnung, höhere Korruption und unbefriedigende politische Kultur usw. äußert. Als Gesellschaft erreichten wir bisher nur einen sehr verschwommenen Konsens über die verfassungsmäßigen Regeln des politischen Lebens und unseres Weges in die Zukunft. Wenn wir uns diesen Zustand nicht vergegenwärtigen und zu verstehen versuchen, überwältigen uns beispielsweise hunderttausend Demonstranten zur „Verteidigung des freien Fernsehfunks“ unvorbereitet. Das Dokument „Frieden und Wohl“ ruft zum Nachdenken über die vielschichtige Krise in unserer Gesellschaft auf, will zur Diskussion über ihre Wurzeln und über Wege zu ihrer Überwindung aus christlicher Sicht aufrufen. Eben darin – in der unbeschönigten Diagnose des Zustandes und in den Vorschlägen für eine wirkliche Therapie – liegt der Optimismus dieses Dokumentes.

12. Die Ideologie des Marktfundamentalismus begegnet uns bis jetzt – und schadet weiter

Einige der Diskutierenden zweifelten die Bedeutung des Begriffs „Marktfundamentalismus“ und die Behauptung an, dass der Markt vielen Menschen ein Ersatz für die Religion geworden ist und für andere eher einen hohen Wert als ein Instrument darstellt. Nach den Autoren des Dokumentes „Frieden und Wohl“ liegen hier die geistigen Wurzeln für die strategischen Fehler unserer Transformation. Es war eines der Ziele des Dokumentes, daran zu erinnern, dass der Sinn eines wirtschaftlichen Systems darin liegt, der menschlichen Entwicklung zu dienen - sowohl dem Einzelnen, als auch den Familien und dem gemeinsamen Wohl. Das Dokument enthält eine Definition des Begriffes „Gemeinwohl“: eine

Zusammenfassung der gesellschaftlichen Bedingungen, die jedem Menschen eine Anwendung und Entwicklung seiner Fähigkeiten ermöglichen; innere und äußere Sicherheit der Welt; Respekt gegenüber Menschen- und Bürgerrechten; Mitarbeit der Bürger, ausgerichtet auf die Prosperität der ganzen Gesellschaft; ein vernünftiges soziales Netz; Ausgewogenheit in der Dezentralisierung von Verantwortung und Macht sowie gesellschaftlicher Solidarität (Art. 18 und 33 des Dokumentes). Eine grundlegende Einigung über den Inhalt des Begriffes „Gemeinwohl“ ist Teil des Konsenses, der ein Zeichen einer reifen demokratischen Gesellschaft ist. Demgegenüber zeugen die Angriffe gegen diesen Begriff von einem fortschreitenden Marktfundamentalismus in den Köpfen einiger radikaler liberaler bis rechter Anarchisten. Der Ideen- und Konzeptionsextremismus dieses Typs ist gefährlich für die Gesellschaft, beinhaltet eine Ablehnung der Steuer als Diebstahl (einer progressiven Steuer) und bezweifelt die Legitimität und Funktion von Staat und Regierung überhaupt.

Die Ideologie des Marktfundamentalismus baut auf der Überzeugung auf, dass ein wirtschaftliches System ohne den Ausgleich durch ein normatives System funktionieren könne, dass der freie Markt in diesem Sinne selbstgenügsam ist, sich mit seiner eigenen Logik schrittweise eine institutionelle und normative Grundlage verschafft, dass das System zwar den Reichtum ungleichmäßig verteilt, jedoch der Reichtum nach und nach und in einem ausreichenden Maße von selbst zu den Armen „durchsickert“. Nicht eine von diesen Thesen ist empirisch belegt. Im Gegenteil, die beiden ersten stehen im Widerspruch zum Beispiel der Entwicklung des freiesten Marktes überhaupt, dem in Nordamerika, wohin die Auswanderer im 17. Jahrhundert die Tradition einer festen Rechtsordnung und Moral mitnahmen. Die dritte, vom „Durchsickern“ des Reichtums, ist nur ausnahmsweise belegbar – im Überangebot der Ressourcen und niedrigen Bevölkerungsdichte der USA im 19. Jahrhundert. Im westlichen Europa überwog die Meinung, dass die Verteilung von Renten und Reichtum nach marktwirtschaftlichen Prinzipien – auch die grundlegendsten – einen effizienten sozialen Ausgleich erfordern, wenn in der Gesellschaft ein sozialer Zusammenhalt bestehen bleiben soll.

Die jüdisch-christliche Religion war sich immer des menschlichen Dranges bewusst, sich eigene Modelle zu schaffen – aus eigenen Abstraktionen und Theorien – oder irdische Interessen zur verabsolutieren und sich damit eine „Ersatzreligion“ zu schaffen. In unserer Kultur des Agnostizismus ist die Gefahr einer Schaffung von Idolen noch größer. Eine negative Folge des Marktfundamentalismus war bei uns insbesondere die ungenügende Sorge um die Ordnung und um das Recht sowie die Vernachlässigung einer breiten gesellschaftlichen und moralischen Anschauung. Gleichzeitig haben wir eine negative geschichtliche Erfahrung auch mit anderen Arten des Fundamentalismus, einschließlich des religiösen, der im Mittelalter zur gewalttätigen Errichtung einer religiösen Doktrin und zum nicht weit zurückliegenden Fundamentalismus des marxistischen Typus führte. Gerade aufgrund dieser jüngeren geschichtlichen Erfahrung entstand für den nicht begriffenen und missbrauchten Liberalismus die Bezeichnung „umgekehrter Marxismus“.

13. Der demokratische Kapitalismus braucht geistige Grundlagen

Zu den geistigen Grundlagen und Voraussetzungen des Kapitalismus (und der Demokratie) gehören persönliche Tugenden, wie Zurückhaltung, Ehrlichkeit, Initiative, Schaffenskraft, Zähigkeit, Verantwortung, von denen viele auf dem Glauben an Gott gegründet waren. Dessen war sich sowohl der Gründer der modernen Wirtschaftslehre – Adam Smith – bewusst, als auch der Soziologe des frühen Kapitalismus und der Modernisierung Max Weber. Viele unserer Wirtschaftler der Gegenwart kennen ihre Gedanken, besonders wenn sie sich für die institutionellen Voraussetzungen interessieren, mit denen die Modelle des Wettbewerbsmarktes gelten. Was jedoch bisher und fortwährend wenig bekannt ist, ist die institutionelle Dynamik, d.h. auf welche Weise und wie schnell sich die formalen Institutionen (Organisation, Rechtsnormen) und die nichtformalen Einrichtungen (Gewohnheiten, ethische Normen)

verändern, und welche Rolle die Politik bzw. der Staat bei diesen Veränderungen spielt. Anscheinend besteht kein Streit darüber, dass der Staat den Übergang vom „realen Sozialismus“ zum Kapitalismus der freien Marktwirtschaft lenken musste; dass er die formalen Institutionen wesentlich schneller reformieren konnte, als sich nichtformale Institutionen verändern, und dass in Folge dieser unterschiedlichen Dynamik das Funktionieren der Institutionen in der Zeit der Transformation nicht vollkommen ist.

Es besteht vielleicht nicht einmal Streit darüber, dass bei Einhaltung der ethischen Normen durch eine Gesellschaft, vor allem in Eigentumsfragen, Wahrheitsfindung und Einhaltung von Verträgen, eine freie Marktwirtschaft auch ohne Einzelgesetze reibungslos arbeiten kann. Übrigens kann kein Rechtssystem so ausführlich und so vollkommen ausgearbeitet sein, dass es auf alles vorbereitet wäre: ein funktionierender Markt muss sich deshalb auf eine elementare gesellschaftlich geltende (wirtschaftliche) Sittlichkeit stützen. Die Autoren des Dokumentes erkennen an, dass die Situation nach der Auflösung des Sozialismus mit seinen Direktiven völlig neu und außergewöhnlich schwer war: Es existierte weder ein freier Markt, noch unterstützende Institutionen, noch ein zuverlässiges Gerichtssystem.

Der strittige Punkt ist folgender: viele Wirtschaftler und Politiker setzen gegenwärtig (oft schweigend, vielleicht auch unbewusst) voraus, dass die ethischen Normen und Gewohnheiten den Standard der formalen Institutionen an sich nur durch deren Druck erreichen. Die Autoren von „Frieden und Wohl“ hingegen sehen diesen Prozess als einen komplizierten und konflikthaften: als eine persönliche und gesellschaftliche Bemühung und einen politischen Kampf um das Gemeinwohl. Das Dokument betonte deshalb die Verantwortung der führenden Persönlichkeiten der gesellschaftlichen Eliten und der Medien, die die gesellschaftliche Atmosphäre und in diesen Auseinandersetzungen jeden von uns beeinflussen. Das ist der Sinn der These, dass die moralische Seite der Transformation unterbewertet wurde (Nr. 11 des Dokumentes).

Ein weiterer Streitpunkt ist die unersetzliche Schlüsselrolle eines unabhängigen Gerichtssystems und einer festen Rechtsordnung für eine freie Gesellschaft (das Dokument macht auf diese Schlüsselrolle in den Artikeln Nr. 25-35 aufmerksam). Nur mit der Bemühung um eine feste Rechtsordnung, ausgerichtet auf das Ideal der Gerechtigkeit, haben wir eine echte Chance, uns von der totalitären Vergangenheit zu lösen und uns von ihrem drückenden Erbe zu befreien. Die Richter mit ihrer Berufung sollten alles tun, damit sie dem gerecht werden. In einem festen und gelebten Rechtssystem wäre es unmöglich oder würde absurd klingen, wenn ein Politiker vor einer „Kriminalisierung der Unternehmer“ warnen würde. Und wenn es zu solch einer Einmischung käme, müssten die Untersuchungsrichter und Richter gegen den Missbrauch der Rechtsordnung protestieren.

Ein fortwährendes Thema des Dokumentes „Frieden und Wohl“ ist die Überzeugung, dass eine gemeinsame gesellschaftliche Bemühung um die nichtinstitutionellen Aspekte des Transformationsprozesses notwendig ist. Denn die Mängel auf sittlichem und geistigem Gebiet verstärkten sich in der Folge der allgemeinen Not, durch Erschöpfung und Hoffnungs-Verlust, darauf müssen wir vor allem die Aufmerksamkeit richten. In jeder geschichtlichen Periode ist es wichtig, vertiefend zu analysieren, welchen Anteil eine fehlende politische Kultur oder andere Aspekte des gesellschaftlichen Lebens an der Krise einer Gesellschaft haben, und inwieweit umgekehrt Institutionen dafür verantwortlich sind. Die Notwendigkeit einer Besserung der Sitten und die Neuordnung der Institutionen sowie Strukturen gehen nicht immer und überall parallel und konform, aber grundlegend für eine Transformation ist die „geistige Erneuerung“, eine Verwandlung unserer Herzen, Gemüter, Gewohnheiten und Verhaltensmuster, daraus wächst unerschöpfliche Energie, eine größere Vorstellungskraft und hartnäckigere Anstrengung, und dies sollte von Politik und Medien nicht vorsätzlich missachtet werden.

14. „Frieden und Wohl“ und Markt mit den Attributen „sozial“ und „ökologisch“ gehören zusammen

Die Verfasser des Dokuments sind dem Prinzip des Marktes gegenüber nicht voreingenommen, wie ihnen einige Kritiker vorwerfen; aber sie glauben nicht daran, dass das Marktprinzip allein genügt, nicht an dessen spontanes positives Wirken samt Schaffung der benötigten Institutionen. Das Dokument betont die Unerlässlichkeit der staatlichen Sorge um die konkurrierenden marktwirtschaftlichen Bedingungen und die Notwendigkeit einer grundlegenden rechtlichen Regulierung des wirtschaftlichen Lebens. Die Autoren des Dokumentes erinnern daran, wie wichtig es ist, dass der Staat sich um ausreichende Beschäftigung sorgt, damit die Gesellschaft dieser Problematik die entsprechende Aufmerksamkeit widmet und nach Möglichkeiten sucht, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ohne eine feste Rechtsordnung entstehen Gefahren auch für die Freiheit, der Wille der Mächtigen droht vorzuherrschen. Für die liberalen angelsächsischen Staaten sind gerade eine feste Rechtsordnung und ein starkes sowie unabhängiges Gerichtswesen typisch. „Frieden und Wohl“ erwähnt den Ordoliberalismus (Liberalismus mit einer Betonung der Ordnung – Art. 17 des Dokumentes) und das von ihm inspirierte Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das mit Erfolg im westlichen Nachkriegsdeutschland angewandt wurde. Weder die angelsächsischen noch die deutschen Erfahrungen und Traditionen lassen sich ohne Veränderungen anderswo anwenden. Trotzdem steht der Gewinn durch diese beiden Traditionen außer Frage: Betonung einer festen Rechtsordnung, Vorsicht und politische Weisheit bei der Sorge für die menschliche Dimension der Wirtschaft und bei der sozialen Frage, dies ist ein Erfahrungswert, den wir nicht vernachlässigen dürfen. Die ehrliche Arbeit der Arbeitnehmer ist selbstverständlich Teil einer guten Ordnung und die Arbeitgeber sind im Recht, dies zu fordern (Art. 38). Die Autoren machen gleichzeitig auf die in ihrer Durchführung schwierige, aber sinnvolle und motivierende Partizipation der Arbeitnehmer am Arbeitsprozess aufmerksam, mit dem der Arbeitgeber konkret seine Achtung gegenüber der menschlichen Würde der Arbeiter und Angestellten ausdrückt (Art. 39).

Einige Diskussionsteilnehmer warfen dem Dokument Unausgewogenheit bei der Betrachtung dieser beiden Seiten der Arbeitsverhältnisse vor. Aber das Gleichgewicht der Freiheit und Verantwortung ist eines der zentralen Themen des Dokuments „Frieden und Wohl“. Die Autoren geben zu, dass sie möglicherweise die Betonung der moralischen Ordnung nicht genügend begründen konnten. Die alte Weisheit der Zehn Gebote zeigt einen Weg zur wirklichen Freiheit auf, welcher vor den verderblichen Auswirkungen eines Handelns gegen die Ordnung schützt. Dies ist unzweifelhaft einer der Grundpfeiler der europäischen Zivilisation. Im Interesse eines harmonischen Zusammenlebens in der Gesellschaft erfordert ein zivilisiertes Leben freiwillige Zurückhaltung. Die Sorge um eine gerechte Ordnung, die Einhaltung der Gesetze und ethischen Normen, vor allem seitens der Herrschenden, ist für jede Gesellschaft eine Quelle des Vertrauens und ermöglicht die Zusammenarbeit. Aus dieser Zivilisation erwuchs der liberale demokratische Kapitalismus, auf dem langandauernde Stabilität und Prosperität beruht. Der Sinn des Dokumentes „Frieden und Wohl“ ist, zum Vorankommen auf diesen Wegen zu dieser Zivilisation beizutragen.

15. Die „Globalisierung“ und unser Platz in der Weltordnung

Wenn die öffentliche Diskussion zum Dokument „Frieden und Wohl“ hinsichtlich der Problematik Globalisierung nichts aussagen würde, bliebe sie in den eigenen und nachbarschaftlichen Problemen gefangen, es sei denn, wir wären davon überzeugt, dass wir den globalen Prozess sowieso nicht beeinflussen. Dennoch hat das vergangene Jahr gezeigt, dass die weltweiten Bindungen und Abhängigkeiten mit einer ständig steigenden Intensität auf uns wirken, ob wir wollen oder nicht. Die Menschen auf der ganzen Welt sind immer intensiver verbunden: medial, ökonomisch und durch schnelles Reisen. Und wir bemerken, dass der Weltmarkt eine ungleiche Teilung des Reichtums schafft und die begrenzten

natürlichen Ressourcen äußerst ungleich nützt. Neben reichen Gesellschaften entstehen Gebiete mit extremer Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit, von denen sogar krankhafter Hass ausgehen kann. Wir bleiben getrennt nicht nur im Lebensniveau, sondern auch hinsichtlich Kultur und Religion, hinsichtlich der Kenntnisse und Fähigkeiten unsere Möglichkeiten zu entfalten und zu nützen, welche die Weltwirtschaft zur Verbesserung unseres Lebens bereitstellen könnte. Deshalb ist es so schwierig, einen Weg zur Wahrheit zu suchen. Darüber hinaus legen die reichen und starken Staaten die Regeln des Weltmarktes zu ihrem Vorteil fest. Die christliche Soziallehre umfasst schwierige Aufgaben, ruft zu Gerechtigkeit und staatlicher Weitsicht im globalen Maßstab auf. In der wachsenden Polarisierung komplizierter Strukturen ist in der Vielzahl gegenwärtiger Probleme eine Dimension besonders wichtig: Es ist der Konflikt zwischen einem gerechten Lohn für die Arbeitnehmer und einem moralisch gerechtfertigten Gewinn der Unternehmer. Hier fehlen klare moralische Kriterien und manchmal auch Rechtsnormen (nicht nur steuerliche). Infolge dessen wächst die Unausgewogenheit zwischen dem Waren- und Dienstleistungsmarkt auf der einen Seite und dem Kapitalmarkt auf der anderen Seite, die in einen Überschuss des Spekulationskapitals mündet. Neue Finanzinstrumente (Derivate, Futures und Hedge-Handel) verstärken noch dazu das Risiko von Verlusten und der Stabilität des Finanzmarktes. Das Wort „globales Wohl“, welches sich auch im Wortschatz der Finanzinstitute der Welt findet, zeigt die Notwendigkeit einer Einigung auf eine Neuordnung des Weltmarktes. Zu einer positiven Lösung ist die beruflich qualifizierte Sicht der Moraltheologen und gesunder Menschenverstand, guter Wille und globale Verantwortung der Finanzzentren der Welt und einzelner „Großer Spieler“ notwendig.

Unsere Situation als kleines Land in der Mitte Europas bietet spezielle Möglichkeiten und Chancen: wir gehören zu den ärmeren unter den reichen und zu den reicheren unter den armen Nationen. Unsere Vorfahren hatten schon Erfahrung mit der kapitalistischen Marktwirtschaft und unsere Generation erlebte auch das gesellschaftliche Experiment von zentraler Planung und einer Ökonomie „von oben“. Diese Vielfalt historischer Erfahrungen kann beim Brückenschlagen und Aufbau gegenseitigen Vertrauens in einer so tief geteilten heutigen Welt beitragen.

Kirchliche Dokumente bemühen sich, die Folgen der heutigen Trends vorzusehen und wollen mit dem kontrastierend-evokativen Begriffspaar „Zivilisation der Liebe“ und „Zivilisation des Todes“ entsprechende Impulse setzen. Die Äußerungen der Zivilisation des Todes sind in allen Arten des Terrors zu sehen, im egoistischen Missbrauch von Macht in wirtschaftlichen oder anderen Belangen und im Missbrauch der heutigen technischen Möglichkeiten (z.B. Massenmedien) zur Manipulation der Menschen und einseitigen Spielregeln zugunsten einer begrenzten Interessengruppe. Zur Zivilisation des Todes gehört ebenso der verantwortungslose Umgang mit dem Leben und der Gesundheit, sowohl das eigene als auch das Leben anderer Menschen betreffend (Drogenkonsum) sowie im Missbrauch und der Vernichtung der Umwelt. Eine Gemeinsamkeit der Zivilisation bzw. der Kultur des Todes ist die Nichtachtung des Lebens.

Die Zivilisation der Solidarität im globalen Maßstab ist die Zivilisation der Liebe: sie bedeutet eine beharrliche und geduldige Überwindung von Entwicklungsrückständen, Armut und Analphabetentum sowie Hilfe bei der Schaffung von kulturellem und sozialem Kapital in wenig entwickelten Ländern. Nur mächtige und reiche Länder, die ihre Rolle in diesem Sinne verstehen, können sich für das weltweite gemeinsame Wohl stark machen, sind berechtigt, die Rolle einer Welt-Führungsmacht zu erfüllen. Auch wir bei uns können mit unseren begrenzten Möglichkeiten an dem Bau der neuen Weltordnung mitarbeiten. Diese Vision bietet das Dokument „Frieden und Wohl“ an und lädt zur Diskussion ein, die zu einem tieferen Verständnis und Übereinkommen hinsichtlich des gemeinsamen Wohls für die Gesellschaften der einzelnen Nationen und nach der Suche unseres richtigen Platzes in der weltweiten Kooperation führen.

V. Chronologische Übersicht der Reaktionen in den Medien und der Diskussionen zum Dokument

14. 11. 2000 Pressekonferenz zum Dokument: Prager Erzbistum, Hradčanské nám. Prag 1
17. 11. 2000 Herausgabe des Dokuments
26. 11. 2000 „Das soziale Dokument ist Anstoß zur Diskussion“ (Katolický týdeník 48/2000)
10. 12. 2000 „Suchen Sie Frieden und Wohl“ (Katolický týdeník 50/2001)
- Dezember 2000 „Eine Bewertung der vergangenen zehn Jahre in Verbindung mit dem Dokument ´Frieden und Wohl““, Katholisches Volkshaus Frýdek-Místek (B. Výmětalík)
13. 12. 2000 Tschechische Christliche Akademie (ČKA) – Emaus-Kloster: Diskussionsabend mit der KDU-ČSL, ČSSD und ODS (Prof. T. Halík, J.S. Trojan, L. Mlčoch)
16. 12. 2000 „Das Wort der Kirche zu den sozialen Fragen in Tschechien“, Lidové noviny, ganzseitige Information zum Dokument von Gabriela Hánečková aus dem Pressezentrum der Tschechischen Bischofskonferenz
22. 12. 2000 Hospodářské noviny: „Ein lebendiges Christentum beeinflusst auch heute noch die Kultur der Nation“, Debatte mit Erzbischof J. Graubner, L. Mlčoch, J. Trojan und J. Plocek zu den Gedanken des Dokuments
22. 12. 2000 „Frieden und Wohl“ unserer Bischöfe, Václav Klaus, persönliche Internetseiten
29. 12. 2000 České noviny (Tschechischer Pressedienst ČTK): Bischof V. Malý: „Die Bemühungen eine landesweite Diskussion hervorzurufen, ist ein Lauf auf einer langen Bahn“.
- Januar 2000 (undatiert): Kommentar zum Dokument „Frieden und Wohl“ – Ausgangspunkt und Ziele des Dokuments – auf der Grundlage eines Auftrages des Sekretariats der ODS erarbeitet von Doz. J. Vackář für die Tschechische Christliche Akademie (ČKA)
09. 01. 2001 Vorlesung und Zusammenkunft zum Dokument „Frieden und Wohl, Katholisches Volkshaus Frýdek-Místek (B. Vymětalík)
10. 01. 2001 „Frieden und Wohl“ (Jaro Křivohlavý), Evangelický týdeník – Kostnické jiskry, Jahrgang 86, Nr. 2/2001
20. 01. 2001 Verband der ständigen Diakone in der Olmützer Erzdiözese: Msgr. Erich Pepřík – „Die Diakonie hier und heute“ auf der Grundlage der Studie zum Dokument „Frieden und Wohl“. Die nachfolgende Serie der Verbandstreffen wurde als Anregung für die seelsorgerische Praxis geführt.
- Februar 2001 „Frieden und Wohl“, Information zum Dokument (Jaromír Procházka), Protestant Nr. 2/2001, S. 12-13
06. 02. 2001 Diskussion zur Sozialdoktrin der Tschechischen Republik unter Teilnahme von T. Halík, L. Mlčoch und J. Trojan, Masaryk-Arbeiter-Akademie – Parlament, Sněmovní ul. (Stellvertretender Ministerpräsident V. Špidla, Prof. M. Potůček als Verfasser der Doktrin)
10. 02. 2001 „Was ist und wie entstand das Dokument ´Frieden und Wohl““, Mährisch-schlesische christliche Akademie, Brünn-Petrov (C. Martinek)
23. 02. 2001 Information zum Dokument „Frieden und Wohl“ im Radio Proglas (C. Martinek)

- 23.-24. 02. 2001 Information zum Dokument für Minister und Leiter der örtlichen Gesellschaft SFRĚ, Kapuzinerkloster u P. M. Andělské, Praha 1 (L. Mlčoch, J. Šenkýř)
- Tschechischer Rundfunk 6 – Radio Freies Europa: Beginn der regelmäßigen Lesung aus dem Blatt (viermal wöchentlich)
- Fasten-Donnerstage Pfarre zur Heiligen Jungfrau in Prag-Strašnice – eine Folge von sechs Zusammenkünften (01. 03. – 05. 04. 2001) eröffnet und beschlossen von den Bischöfen V. Malý und J. Škarvada, unter Teilnahme von Dr. Skoblík, P. Ing. M. Fiala, Ing. T. Ježek, Dr. Příhoda, Prof. Jan Sokol und Prof. J. Bednář, Ing. J. Kratochvíl, Dr. M. Boháčová, Dr. und Mgr. Freiovi und Mitgliedern des Arbeitsteams (organisiert von den Vereinen „Christ und Arbeit“, Kolping-Werk, Tschechische Christliche Akademie, Union Katholischer Frauen und Internationale Christliche Solidarität). Eine Tonbandaufnahme der ganzen Serie auf elf Kassetten erfolgte durch den Verein „Christ und Arbeit“.
05. 03. 2001 Internetrezension zu „Frieden und Wohl“ von Prof. Jan Sokol (drei Seiten)
05. 03. 2001 Gespräch anlässlich des Dokumentes an der Theologischen Fakultät der Südböhmischen Universität in Böhmisches-Budweis (C. Martinek)
13. 03. 2001 Präsentation der Denkschrift auf dem Weiterbildungskurs für Mitarbeiter der Tschechischen Nationalbank „Ethik im Finanzsektor“, Senovážné nám., Prag 1 (L. Mlčoch).
- 15.-17. 03. 2001 „Jahrestagung des Vereins zur Förderung der katholischen Sozialethik in Mittel- und Südosteuropa“ Pécs, Ungarn: Wege der Aussöhnung und Verständigung in unserer Region nach den Thesen des Dokumentes „Frieden und Wohl“ (J. Kaman)
19. 03. 2001 Vorlesung zum Blatt für den Klub der Bankanalytiker (Sigma-klub), Tschechische Sparkasse, Na Perštýně, Prag 1 (L. Mlčoch).
21. 03. 2001 „Kolloquium mit Kardinal Vlk“ zu Themen des Dokumentes, ČKA und Konrad-Adenauer-Stiftung, Prag (Komplex des Emaus – Klosters)
31. 03. 2001 „Frieden und Wohl“ und die tschechische Transformation, Václav Klaus, Lidové noviny, Orientace
- April 2001 Perspektivy, Beilage des Katolický týdeník: Interview mit L. Mlčoch geführt von Dr. Šebek und Ing Kratochvíl: „Die nicht einfache Sorge um Frieden und Wohl“
- 03.-04. 04. 2001 Die Bischöfe handelten in Hejnice, Katolický týdeník 15. April 2001
- 06.-08. 04. 2001 Velehrad, „Die Wirtschaft und Ethik im Licht der Annäherung mit der EU“ (Überlegungen der Bischöfe zur Denkschrift zur sozialen Frage) (Verein „Christ und Arbeit“ KAB Strahfeld). Abschluss der Zusammenreffen vom 08. 04. unter Teilnahme von Cyril Svoboda auf Video (B. Vymětalík – Organisator, des weiteren L. Mlčoch und J. Šenkýř)
07. 04. 2001 „Frieden und Wohl“ und die Verantwortung der Liebe, J. S. Trojan, Lidové noviny, Orientace
08. 04. 2001 Anregungen der Leser, Katolický týdeník 14/2001, Reaktion des Chefredakteurs
12. 04. 2001 Zusammenkunft zum Dokument in der Ortsgruppe der KDU-ČSL Brünn, Černá Pole-Lesná (C. Martinek)
14. 04. 2001 „Frieden und Wohl“ und die Meinungen von Václav Klaus, Lidové noviny, Orientace
17. 04. 2001 Gesellschaft der Prager Neustadt, Gymnasium Jan Palach, Senovážné nám., Prag 1, Diskussion zum Dokument (L. Mlčoch)
- 17.-25. 04. 2001 „Frieden? Wohl?“ Jan Šimsa, Literární noviny 17/2001.

19. 04. 2001 Akademisches Forum der Studentengemeinde Brünn, „Die sittliche Dimension der Ökonomie“ (L. Mlčoch)
20. 04. 2001 Gespräch zur Denkschrift bei der Stadtkonferenz der KDU-ČSL, Brünn (C. Martinek)
24. 04. 2001 Diskussion zur Denkschrift bei der Tschechischen Christlichen Akademie Reichenberg, in der Aula der Technischen Universität (L. Mlčoch)
26. 04. 2001 Theologische Fakultät der Südböhmischen Universität Böhmisches-Budweis zusammen mit der örtlichen Tschechischen Christlichen Akademie (Prof. Beneš): Diskussion zum Dokument unter Teilnahme des Bischofs Msgr. J. Paďour, moderiert von Dekan Prof. J. Dolista, für das Autorenteam L. Mlčoch
28. 04. 2001 „Frieden und Wohl‘ und eine Bilanz des tschechischen Kapitalismus“, Lidové noviny, Orientace
30. 04. 2001 „Der politisch korrekte Prediger versus der ‘Truppe‘ Mutter-Vater-Hund“, Tomáš Vyhnánek, studentský list Babylon Nr. 8, 30 April 2001
02. 05. 2001 „Aufruf zum dritten und weiteren Weg“, Einführung von Jan Šimsa, Evangelický týdeník – Kostnické jiskry, Jahrgang 86, Nr. 16/2001, S. 1-2.
03. 05. 2001 IV. Diskussion zum Dokument „Frieden und Wohl“ in der Gemeinde Sv. Vojtěch, Prag 6 – Dejvice, Moderation und Abschrift der Tonbandaufnahme V. Peřich (17 Seiten)
05. 05. 2001 Gespräch mit den Studenten des dritten Jahrgangs der Theologischen Fakultät in Böhmisches-Budweis (C. Martinek).
07. 05. 2001 Debatte zu „Frieden und Wohl“ im Seminar, Thákurova 3, Prag 6, Moderation: Ing. Witzanyová
10. 05. 2001 Konferenz in Brüssel „Wandel in der Arbeitswelt, Situation in Mittel- und Osteuropa“, Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ (C. Martinek)
12. 05. 2001 Vorlesung zum VI. Kapitel des Dokumentes (zum Gewerbe), Brünn, KDU-ČSL (B. Vymětalík)
18. 05. 2001 Hůsuv dům Prag, Jungmannova ul., „Peace and Good“ Vorlesung von Prof. Mlčoch für eine Studentengruppe aus den USA (University of Michigan).
- 18.-20. 05. 2001 „Der Zustand der Gesellschaft vor dem Hintergrund des Dokumentes ‘Frieden und Wohl‘“, Veranstalter: Ökumenisch – Akademische YMCA, Křemešník u Pelhřimova.
23. 05. 2001 „Frieden und Wohl“, Einführung Prof. Josef Smolík, Evangelický týdeník – Kostnické jiskry, Jahrgang 86, Nr. 19/2001
- Mai-Ausgabe 2001 der Křesťanské revue: Josef Smolík, „Frieden und Wohl“, LXVIII – 5/2001, S. 133-136
31. 05. 2001 Masaryk-Arbeiter-Akademie – Diskussion zum Dokument „Frieden und Wohl“, Parlament der Tschechischen Republik, Sněmovní ul., Prag 1
- Mai/Juni 2001 „Frieden und Wohl“ und Václav Klaus, Petr Kolář, Rom, Vita Nuova, Nr. 5-6/2001
- Juni 2001 „Historische Zusammenhänge des Dokumentes ‘Frieden und Wohl‘“, Jaromír Procházka, Křesťanská revue Nr. 6/2001, S. 153-158.
01. 06. 2001 Diskussion zum Dokument, organisiert von der Stadtgruppe der KDU-ČSL Brünn, (L. Mlčoch, J. Kaman, C. Martinek für das Arbeitsteam).
01. 06. 2001 Diskussion zum Dokument, organisiert von der Ortsgruppe Kyjov der Tschechischen Christlichen Akademie (L. Mlčoch).
08. 06. 2001 Übergabe der englischen Version an Prof. J. Stiglitz anlässlich der Erteilung der Ehrendoktorwürde der Karlsuniversität (L. Mlčoch).

09. 06. 2001 Internationales Treffen LIDICE 2001, Seminar „Sozial orientierte Gesellschaft – Wirklichkeit oder Utopie?“ Veranstalter von Memento Lidice, Gemeindevertretung, Bremer Lidicer Initiative, Oáza Lidice. „Frieden und Wohl – ein ökumenisches Dokument zur sozialen Frage in der Tschechischen Republik“ (L. Mlčoch). Erste Präsentation der deutschen Version.
15. 06. 2001 eine Diskussion zum Dokument veranstaltet von der Gemeinde und Pfarrgemeinde Horní Sloupnice (L. Mlčoch)
17. 06. 2001 „Die Generalsekretäre treffen sich in Prag“, Interview mit Mons. Simandl, Katolický týdeník 24/2001
22. 06. 2001 Präsentation der englischen und deutschen Version des Dokumentes auf dem Treffen der Generalsekretäre des EEC in Prag (L. Mlčoch und Mons. Simandl)
23. 06. 2001 „Europäisches Laienforum“ in Erfurt, Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ (C. Martinek)
- 23.-29. 06. 2001 Internationale Konferenz des Weltbundes der Reformierten Kirchen und des Welt- (und Europäischen) Kirchenrates „Globalisation in Central and Eastern Europe: Responses to the Ecological, Economic and Social Consequences“, unter Teilnahme von Prof. Trojan in der Sektion „Experience of 10 years in transition“.
29. 06.-01. 07. Jubiläumsfahrt der ... Franziskaner (nach 100 Jahren), Velehrad, Stojanov. Information zum Dokument und Diskussion aller Teilnehmer sowie in Gruppen (Politik, Sozialarbeit, Familie, Ökologie)(L. Mlčoch, J. Šenkýř)
30. 06.-01. 07. „Was ist und wie entstand das Dokument ´Frieden und Wohl““, Vorlesung von C. Martinek und Gespräch, Valašská Bystřice (Pfarrgemeinde und Organisation der KDU-ČSL).
02. 07. 2001 Doc. O. A. Funda: persönlicher Brief mit einer Beurteilung des Dokumentes „Frieden und Wohl“ (zwei Seiten)
02. 07. 2001 „Was ist und wie entstand das Dokument ´Frieden und Wohl““, Pfarrgemeinde Rožnov p. Radh. (C. Martinek)
03. 07. 2001 L. Mlčoch: „Ethik und Marktwirtschaft: tschechische Bedingungen“. Mosty – tschechisch-slowakische Wochenzeitschrift, „Tschechisch-slowakisches geistliches Parlament“, 27/2001.
- „Retreat der Akademischen YMKY“. Bericht von Jiří Cikánek in der Křesťanské revue 7/2001, S. 196
26. 08. 2001 „Frieden und Wohl: die Diskussion geht weiter“, Jiří Sůva, Katolický týdeník, Perspektivy
- September 2001 L. Mlčoch: „Pace a bene“, Bericht zum Dokument für die Jubiläumsfahrt des SFRJ auf den Velehrad, Poutník – Zeitschrift der Freunde des Heiligen Franziskus 9/2001
03. 09. 2001 Vorlesung und Gespräch zum Dokument für Petriny, Böhmisches-Budweis (C. Martinek).
- 14.-20. 09. 2001 Internationales Komitee der Katholischen Männer UNUM OMNES – Executive Committee Vatican, Croatia – Zagreb – Plitvice, Bericht zur sozialen Denkschrift „Frieden und Wohl (J. Kaman).
19. 09. 2001 Vorlesung und Gespräch zum Dokument in der Pfarrgemeinde Blansko (C. Martinek).
- 26.-30. 09. 2001 „7. Osteuropa-Seminar“, Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge in den deutschen Diözesen + UNUM OMNES, Schmotitz, BRD, Thema: Die Bedeutung der Familie in einem gemeinsamen Europa auf der Grundlage des Dokumentes „Frieden und Wohl“, (J. Kaman).

01. 10. 2001 Vorlesung und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“, Vereinigung politischer Häftlinge, Iglau (Dr. Plocek).
03. 10. 2001 „Das Ringen um Perspektive“, V. Žák, Listy XXXI, 5/2001.
05. 10. 2001 Geistige Übung für die Politik, Diskussion zum Dokument, Kapuzinerkloster u. P. M. Andělské, Prag 1 (L. Mlčoch).
09. 10. 2001 Vorlesung und Gespräch zum Dokument mit der Union katholischer Frauen, Böhmisch-Budweis (C. Martinek).
12. 10. 2001 Diskussion zum Dokument in der Gemeinde ČCE in Neratovice-Libiši (L. Mlčoch und J. Trojan).
16. 10. 2001 Diskussion zum Dokument in der Ortsgruppe der ČKA Příbram (L. Mlčoch).
19. 10. 2001 „Reform in Latin America and Transition in Eastern Europe“, Konferenz, organisiert vom „Forum on Debt and Development“ und der Welthandelsorganisation (WTO) im Gebäude der Tschechischen Nationalbank in Prag: Vorstellung des Dokumentes im Rahmen der Diskussion um die Transformation in der Tschechischen Republik (L. Mlčoch).
25. 10. 2001 „Was ist und wie entstand das Dokument ´Frieden und Wohl““, Ortsgruppe der ČKA Třebíč (C. Martinek).
- 25.-28. 10. 2001 Seminar, Schwerpunkt ist das Dokument „Frieden und Wohl“, organisiert vom Ökumenischen Kirchenrat – Eunika XVII, Dům „Sola fide“, Johannesburg (L. Mlčoch, J. Trojan).
26. 10. 2001 Vorstellung des Dokumentes in englischer und deutscher Version für die Vertreter des Internationalen Rates des SFŘ, Kloster „Šedých sester sv. Františka“, Bartolomějská ul., Prag 1.
29. 10. 2001 Interview für Radio Proglas zu den Ergebnissen der Diskussion um das Dokument (L. Mlčoch).
- November 2001 „Zu den geistigen Grundlagen des Kapitalismus“. Listy Nr. 6/2001, S. 20-21, (: Rychetník).
- November 2001 „Religion und Politik: Gedanken in der Vorwahlzeit“ (Michaela Freiová), Kritik des Dokumentes in Bulletin Nr. 123, Občanský institut (Bürgerinstitut), Prag, November 2001.
14. 11. 2001 „Warum haben wir uns nicht mit der Vergangenheit auseinander gesetzt?“, Akademické forum (Akademisches Forum), Prag, Ječná 2, (Dr. Plocek).
15. 11. 2001 „Frieden und Wohl – ein Jahr danach“. Diskussion an der Palacký-Universität Olmütz (J. Kaman, C. Martinek, L. Mlčoch, J. Šenkýř, B. Vymětalík).
16. 11. 2001 Vortrag zum Dokument „Frieden und Wohl“, Katholisches Volkshaus Frýdek-Místek (B. Vymětalík).
18. 11. 2001 „Wir brauchen ein neues Jahrzehnt der geistigen Erneuerung“, Gespräch der Redaktion mit L. Mlčoch zum Jahrestag der Herausgabe des Dokumentes, Katolický týdeník 46/2001.
19. 11. 2001 Diskussion zum Dokument in der Pfarrgemeinde sv. Františka, Prag 4 – Na Habrovce (J. Šenkýř).
21. 11. 2001 „Wie ist Frieden und Wohl zu erreichen“, Zusammenkunft in der Pfarrgemeinde sv. Václava, Prag 6 – Dejvice (L. Mlčoch).
28. 11. 2001 Diskussion zum Dokument im Kollegium katholischer Ärzte, U nemocnice 1, Prag 1 (L. Mlčoch).
13. 12. 2001 Vorlesung und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ des Geistlichen Dekanats Brünn (C. Martinek).

17. 01. 2002 Eröffnung einer Gesprächsreihe zu einzelnen Kapiteln des Dokuments für die Pfarrgemeinde Přebice – weiter: 31. 01., 07. 02., 21. 02., 07. 03., 14. 03., 14. 04. 2002 (C. Martinek).
28. 01. 2002 Ing. T. Ježek CSc.: Anmerkungen zum Dokument „Frieden und Wohl (Internetrezension – 3 Seiten).
16. 02. 2002 „Ein neues soziales Dokument, die Gesellschaft und die Kirche“, Vorlesung auf der internationalen Studienkonferenz „Verein zur Förderung der katholischen Soziallehre in Mittel- und Osteuropa“, Wien (C. Martinek, J. Kaman).
16. 02. 2002 Treffen der Christlichen Pädagogen, organisiert im Ökumenischen Kirchenrat im Betsaal der Bratrské jednoty baptistů, Vinohradská 68, Prag 3, Information und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ (J. S. Trojan, L. Mlčoch).
26. 02. 2002 Vorlesung und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ für geistliche Dekanate, Hustopeče bei Brünn, (C. Martinek).
03. 03. 2002 Dr. Ing. Antonín Moravec: Beurteilung der Publikation „Frieden und Wohl“ (Internetrezension – 4 Seiten).
04. 04. 2002 Vorlesung und Gespräch zum Dokument für die Pfarrgemeinde Hustopeče bei Brünn
08. 04. 2002 Fachtreffen zu den ethischen Fragen der sozialen Gesundheit, L. Mlčoch: Senioren im Licht des Dokuments „Frieden und Wohl, 1. Medizinische Fakultät der Karlsuniversität, Faustův dům, Karlovo nám. 40, Prag 2.
14. 04. 2002 Vorlesung und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ für die ČKA Kyjov (C. Martinek).
28. 04. 2002 „Damit in unserem Land Frieden und Wohl ist“, das Autorenteam des sozialen Dokumentes reagiert auf die Diskussion. Perspektivy, Beilage des Katolický týdeník (April 2002).
- April 2002 „Damit sich in unserem Land wirklich Frieden und Wohl ausbreitet“, das Autorenteam des sozialen Dokumentes „Frieden und Wohl“, Křesťanská revue Nr. 4/2002, S. 106-109.
03. 05. 2002 Kritik des Dokumentes im Rahmen des Seminars „Kapitalismus, Religion und Moral“, organisiert durch Liberální institut (Liberal-Institut) und Občanský institut (Bürgerinstitut), Spálena ul. 51, Prag 1, (M. Freiová).
14. 05. 2002 Vorlesung und Gespräch zum Dokument „Frieden und Wohl“ für die Ortsgruppe der ČKA in Valašská Meziříčí (L. Mlčoch).
27. 05. 2002 „Globalisation und Ethik für Gewerbe und die Soziallehren der Kirche“, Pfarrgemeinde sv. Václav „Svatováclavská vinice 6 (Juni) 2002.
- 27.-28. 05. 2002 Präsidiumssitzung und Mitgliederversammlung der FEECA (Fédération Européenne pour l'Education Catholique des Adultes) in Zürich – Präsentation des Dokumentes und öffentliche Diskussion (J. Kaman).
- Juni 2002 „Perspektiven des Ringens - Antwort von V. Žák auf seinen Artikel „Ringens um Perspektiven“ in Listy Nr. 5/2001“ J. S. Trojan, Listy Nr. 3/2002.
- Juli 2002 „Frieden und Wohl“. Eine kritische Rezension des Dokumentes von Tomáš Tožička. Křesťanská revue 7/2002, S. 192-194.
- Juli 2002 „Wir machen uns für eine Zivilisation der Solidarität und Liebe stark. Frieden und Wohl bilanziert die öffentliche Diskussion“, L. Rychetník, Listy Nr. 4/2002, S. 1-4.
26. 09. 2002 „Die Ernte aus der öffentlichen Diskussion zum Dokument ´Frieden und Wohl“, Ortsgruppe der ČKA in Most (L. Mlčoch).

Beilage: Inhalt der Audiokassetten „Fasten-Donnerstage“ 2001

in der Kirche der Jungfrau Maria in Prag-Strašnice

01. 03. 2001

Kassette 1: Was ist die christliche Soziallehre und wie entstand „Frieden und Wohl“

Einführung: Ing. J. Stejskal (KaP Prag)

Moderation: Prof. L. Mlčoch (ČKA)

Kalokagathia: Pfarrgemeinde Strašnice

Bischof Pater V. Malý: Eröffnung des Zyklus´

Autoren des Dokuments: Prof. L. Mlčoch, Prof. J. S. Trojan, JUDr. Vymětalík, Ing. C.

Martinek, Dr. J. Plocek

Kassette 2 (Fortsetzung): Diskussion, Wortbeiträge

08. 03. 2001

Kassette 3: Veränderungen unserer Gesellschaft und ihre Gefahren. Ist der Markt unsere Rettung?

Einführung: Dr. Z. Onyskovová (KaP Prag)

Moderation: Prof. L. Mlčoch (ČKA)

Kalokagathia: Pfarrgemeinde Strašnice

Prof. L. Mlčoch, Ing. T. Ježek

Kassette 4 (Fortsetzung): Diskussion, Wortbeiträge. Dr. B. Vymětalík (Aufnahme aus dem Seminar auf dem Velehrad)

Analyse der Reaktionen auf das Dokument „Frieden und Wohl“

15. 03. 2001

Kassette 5: Die Erneuerung der Rechtsordnung und der verantwortungsvolle christliche Bürger

Einführung: P. B. Kolář (KaP Prag)

Moderation: Prof. L. Mlčoch (ČKA)

Dr. J. Plocek

Kassette 6: ThDr. J. Skoblík, Diskussion, Wortbeiträge

Ing. L. Rychetník (KaP Prag): Zusammenfassung der Diskussion am Runden Tisch im Seminar auf dem Velehrad

22. 03. 2001

Kassette 7: Der Mensch in der Welt der Arbeit und des Gewerbes. Christliche Solidarität

Einführung: Dr. Z. Onyskovová (KaP Prag)

Moderation: Ing. J. Stejskal (KaP Prag)

Eine Ökonomie der Gesellschaft als alternative Ökonomie: Herr Šebor, Unternehmer Böhmisches-Budweis, Herr Háček („Fokoláre“), Ing. M. Fiala (KaP Prag)

Diskussion, Wortbeiträge

29. 03. 2001

Kassette 8: Die Stellung der Familie in der Gesellschaft, was sie bedroht. Problem der Erziehung und Bildung

Einführung und Moderation: Dr. M. Boháčová (Unie katolických žen)

Kalokagathia: Pfarrgemeinde Strašnice

Prof. L. Mlčoch, Dr. J. Fogl, Ing. E. Smutná, Mgr. M. Freiová

Diskussion zum Thema Familie

Kassette 9: Prof. J. Sokol: Diskussion zum Thema Bildung. Wortbeitrag P. J. Nep. Klener.

05. 04. 2001

Kassette 10: Welche Vorstellung haben Christen über die Richtung der gesellschaftlichen Veränderungen?

Einführung: Ing. J. Stejskal (KaP Prag)

Moderation: Prof. L. Mlčoch (ČKA)

Kalokagathia: Pfarrgemeinde Strašnice

Bischof Pater J. Škarvada, Ing. J. Kratochvíl (Fokoláre), Dr. P. Příhoda, Ing. L. Rychetník

Kassette 11: Prof. J. S. Trojan: Diskussion. Abschluss des Zyklus´

VI. Autorenteam zur Erarbeitung des Dokumentes

Kaman, Josef, Diözesanzentrum für die Verbreitung der kirchlichen Soziallehre Brünn,
Europäische Föderation für die katholische Erwachsenenweiterbildung

Kučera, Zdeněk Prof. ThDr., em. Dekan der Hussitischen Theologischen Fakultät der
Karlsuniversität Prag

Martinek, Cyril Ing., Diözesanzentrum für die Verbreitung der kirchlichen Soziallehre Brünn,
Theologische Fakultät der Südböhmischen Universität Böhmisches-Budweis

Mlčoch, Lubomír Prof. Ing. CSc., Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Karlsuniversität Prag, Leiter der Sektion Politische Ökonomie der ČKA (Leiter des
Autorenteam)

Plocek, Josef Dr., Christlich-akademisches Forum – Akademischer Klub Prag, Vereinigung
der ...

Rozehnal, Alois Dr., Mährisch-schlesische Christliche Akademie, Vereinigung der ...

Rychetník, Luděk Ing CSc., University of Reading, Vereinigtes Königreich, „Christ und
Arbeit“

Trojan, Jakub S. Prof. ThDr. Ing., em. Dekan der Evangelischen Theologischen Fakultät der
Karlsuniversität Prag

Šenkýř, Jiří Ing., Senator, Vorsitzender des Senatsklubes der KDU-ČSL

Vackář, Jiří Doc. Ing. CSc., Vizepräsident der ..., Prag

Vymazal, Jiří PhDr., Philosophische Fakultät der Karlsuniversität Prag, Kolpingwerk

Vymětalík, Bedřich JUDr., Päpstliche Akademie der Sozialwissenschaften in Rom, Institut
für die Verbreitung der Soziallehre der Kirche Ostrava, Vorsitzender der Gruppe „Christ und
Arbeit“

Wollner, Pavel Ing., ČKA Prag, Gesellschaft für Ethik im Unternehmertum

Über die Arbeit des Teams wurden laufend unterrichtet:

Prof. ThDr. PhDr. Tomáš Halík, Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie

Prälat ThDr. Karel Simandl, Generalsekretär der Tschechischen Bischofskonferenz

Eine Arbeitsversion wurde dem Ökumenischen Kirchenrat zur Kenntnis gegeben.

Zu den Arbeitstreffen des Teams wurde Ing. Josef Vančo von der Sozialakademie Bratislava
als Vertreter der Slowakischen Bischofskonferenz eingeladen.

In der Diskussionsphase zum vorliegenden Dokument, beteiligten sich weiter: RNDr. Jiří
Nečas, Leiter der ökologischen Sektion der ČKA, RNDr. Václav Frei, PhDr. Josef Zeman,
(Zentrum für die Familie, Brünn), Ing. Josef Veselý (Fokoláre) und Mgr. Jiří Zajíc.

Das Autorenteam direkt oder mittels der Tschechischen Bischofskonferenz erhielt eine Reihe
von persönlichen Briefen von Lesern des Dokumentes mit Bemerkungen, Briefe auf dem
Computer oder auf der Schreibmaschine und auch mit der Hand geschrieben. Allen, die Zeit
fanden und sich Arbeit mit der Erarbeitung des Dokumentes machen, möchten wir versichern,
dass wir ihren Scharfblick und ihre Lebenserfahrungen sorgfältig studiert und abgewogen
haben, gleichgültig ob es sich nun um eine positive oder eine kritische Reaktion handelte.
Gern würden wir auf diesem Wege unseren Dank aussprechen und uns entschuldigen, dass
wir nicht allen persönlich antworten konnten. Von diesen Briefen möchten wir wenigstens die
Namen der Verfasser erwähnen:

Jana Bartáková, František Čápek, die Eheleute Čtvrtečkovi, Prof. ThDr. Josef Dolista, Doc.
Ing. Zdeněk Dytrt CSc., Petr Endr, Dr. Hubert Fadrus, František Jalůvka, Pavel Kábrt, Václav
Klicpera, Prof. Dr. Miroslav Klivar (Akademie der Künste Masaryk), Petr Peňáz, Anna
Pešatova, Ing. Anna Pokorná, Ing. Jiří Princ, Ing. Adolf Rázek, P. Josef Suchár, P. Augustion

Šváček OFMCap, Ing. Miroslav Tyl, Doc. PhDr. Josef Unger CSc., PhDr. Vavruška
František, Zdenka Vorlová, Lubor Žák.

Und noch einmal „Gott sei es gedankt“!

Einige der häufig verwendeten tschechischen Begriffe und Abkürzungen:

ČBK	Tschechische Bischofskonferenz
ČKA	Tschechische Christliche Akademie
Evangelický týdeník	Evangelische Wochenzeitung
Fokoláre	Laienapostolische Bewegung, Bürgerverein
Hospodářské noviny	Wirtschaftszeitung (tschechische Tageszeitung)
KaP Prag	Křesťan a Práce (Christ und Arbeit)
Katolický týdeník	Katholische Wochenzeitung
Křesťanská revue	Christliche Revue (Zeitschrift)
Lidové noviny	Volkszeitung (tschechische Tageszeitung)
Orlovna	Turnhalle des christlichen Turnvereins „Orel“
Perspektivy	Perspektiven – Beilage des Katolický týdeník
Protestant	Evangelische Monatszeitung
Unie katolických žen	Katholische Frauenunion

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

I. Einleitung

II. Für die „eigenen Reihen“

1. Die christlichen Soziallehre als idealer Wegweiser
2. Märtyrertum, Lamentieren und ein Gefühl von Ungerechtigkeit – eine „tschechische Eigenart“ in der christlichen Kritik?
3. Die Kunst, sich selbst und seine Vergangenheit anzunehmen – die Bereitschaft, sich in Wahrheit und Liebe zu versöhnen
4. Die wiederholte Versuchung, die sündigen Neigungen des Menschen „zum Guten“ auszunutzen
5. Frieden und Wohl der ganzen Schöpfung - die Suche nach einem post-materialistischen Lebensstil

III. Offen zur bürgerlichen Gesellschaft und zu ihrer politischen Repräsentation

6. Die „schweigende Kirche“ hat das Recht zu sprechen
7. Die „Strukturen der Sünde“ sind keine Erfindung des Marxismus oder der „Theologie der Befreiung“
8. Einen Rechtsstaat müssen wir wirklich wollen und dementsprechend handeln
9. Der Sozialstaat ist zu reformieren, aber nicht zu verwerfen
10. Die Europäische Union ist für uns eine Gelegenheit, von der wir einst nicht einmal träumten

IV. An die führenden Persönlichkeiten in Gesellschaft und Kultur, an alle Führungskräfte in Wirtschaft und Finanzwesen, mit einem Appell an die Vernunft

11. Eine Krise in unserem Land?
12. Die Ideologie des Marktfundamentalismus begegnet uns bis jetzt – und schadet weiter
13. Der demokratische Kapitalismus braucht geistige Grundlagen
14. „Frieden und Wohl“ und Markt mit den Attributen „sozial“ und „ökologisch“ gehören zusammen
15. Die „Globalisierung“ und unser Platz in der Weltordnung

V. Chronologische Übersicht der Reaktionen und der Diskussionen zum Dokument

Beilage: Inhalt der Audiokassetten der „Fasten-Donnerstage“ 2001 in der Kirche der Jungfrau Maria in Prag-Strašnice

VI. Autorteam zur Erarbeitung des Dokumentes

Einige der häufig verwendeten tschechischen Begriffe und Abkürzungen